

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal zzgl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Sophienstraße 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro 5spaltige Petitseite 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Briefmarken für den Betrag in
Briefmarken beizufügen, anderen-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 33

Stuttgart, den 15. August 1903

19. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Zahlstelle M.-Glabbach ist aufgehoben,
Unterstützung kann daselbst nicht mehr bezogen
werden.

Der Verbandsvorstand.
I. A.: A. Dietrich.

Gewerkschaftliche Umschau.

Wie wir es gewohnt sind, beginnen wir auch dies-
mal unsere Umschau mit einer gedrängten sozialpoli-
tischen Uebersicht. Wir wollen und können aber nicht
zu der nüchternen Aufzählung der wissenschaftlichen Neu-
erscheinungen übergehen, bevor wir mit einigen Worten
eines Mannes gedacht haben, den auch die deutsche
Arbeiterschaft zu früh verloren hat. Richard Nöfke,
der nicht nur durch seinen unermüdbaren Schaffens-
eifer und seine anerkannte Objektivität rühmlich be-
kannt, sondern auch durch seine Offenheit und ge-
winnende Wärme in den weitesten Kreisen der Arbeiter-
beliebte Sozialreformer, ist gestorben. Seine Verdienste
im einzelnen aufzuzählen, erlaubt uns der Raum nicht,
auch gibt die Registrierung von nackten Tatsachen nur
ein verflüchtigtes Bild von der weitverzweigten
Tätigkeit eines Mannes, dessen Einfluß die Grenzen
süß überbrungen hat, welche die Natur der Tätigkeit
eines einzelnen Menschen setzt. Nöfke ist tot, es lebe
die deutsche Sozialreform! Der Gedanke an den Ver-
lust eines zuverlässigen tapferen Mitkämpfers wird
unsere Arbeiterschaft zu neuer Energie auf sozial-
reformerischem Gebiet anfeuern, ist sie es doch, für
die und durch die unsere Gefesgebung in volksfreund-
lichem Sinne umgebildet werden muß.

Die „Soziale Praxis“ macht uns mit dem neuen
Entwurf des Bundesrats zur Regelung der Arbeits-
verhältnisse in der Tabakindustrie bekannt, welcher nach
Ablauf der Verlängerungsfrist für die bisherigen Be-
stimmungen also im Jahre 1905 in Kraft treten soll.
Zunächst bedeutet derselbe eine Ausdehnung der Schutz-
bestimmungen auch auf die Herstellung von Zigaretten
und sonstigen Tabakprodukten sowie auf die Sortierung
von Tabakerzeugnissen. Vor allem aber zieht er end-
lich auch die hausgewerblichen Betriebe in den Rahmen
der gesetzgeberischen Beachtung. Dem Entwurf, der
sich über alle, fremde Arbeiter beschäftigende Werk-
stätten erstreckt, ist ein Anhang beigegeben, der die
Schutzmaßnahmen auch für solche Betriebe obligatorisch
macht, in denen nur Familienangehörige arbeiten. Die
neuen Vorschriften bezwecken eine gesunde, heilichere Ein-
richtung der Arbeitsräume. Nichtbenutzung unhygienischer
Räumlichkeiten, Trennung der Werkstätten von den
Wohn- und Schlafräumen, regelmäßige Reinigung der
Betriebsstätten, Beseitigung des gesundheitschädlichen
Nohmateriales aus den Arbeitslokalen und Festsetzung
eines Mindestlufttraums von 10 Kubikmeter für jede
Person (bis jetzt nur 7), all dies ist vorgesehen. Auch
die Familienverhältnisse sollen polizeilich angemeldet
werden; damit wäre also der erste Schritt zur behörd-
licher Kontrolle der Heimarbeit getan. Auch
betreffend den Schutz der jugendlichen Arbeitskräfte
geht die Vorlage über den Rahmen des neuen Kinder-
schutzes hinaus und bahnt so weitere Reformen
die Wege. — Neue Unfallverhütungsvorschriften
will die Fuhrmannsberufsgenossenschaft von 1904 ab
einführen, die nach dem „Kurier“, Organ der Handels-
hilfsarbeiter, recht schätzenswerte Verbesserungen in
sich bergen. Leider scheint dieselbe Berufsgenossenschaft
recht mangelhaft verwaltet zu sein, auf ihrer letzten
Jahresversammlung mußte sich der Vorstand einer
heftigen Kritik unterziehen. Gestagt wurde hauptsächlich
über die große und sich ständig noch vermehrende Zahl
der Beamten. Bei einer Gesamtanzahl von 262854,39
Mark betrug die auf Gehälter verwandte Summe allein
170476,28 Mk. Ein Redner konstatierte: „Man gebe

mit der Genossenschaft zugrunde, wir sind versumpft.
Seit Jahren ist die Bearbeitung von Genossenschafts-
sachen eine lässige geworden, die Rentenfestsetzungen
sind nicht auf gesetzlichem Wege erfolgt. Der Vorstand
ist unfähig, eine derartige Berufsgenossenschaft zu leiten.“
Wir zitieren all dies nicht aus Standsucht, sondern
zum erneuten Beweis für die Notwendigkeit einer
paritätischen Mitverwaltung der Arbeiter bei den doch
zu ihrem Wohle geschaffenen Berufsgenossenschaften.
Der Rechenschaftsbericht der Buchdruckerberufsgenossenschaft
konstatiert einen Rückgang der Unfälle von 1650 im
Vorjahre auf 1548, davon fällt die im Verhältnis hohe
Zahl von 148 auf Buchbinder.

Die Berliner Möbelpolierer haben dem Bundesrat
eine Eingabe zugehen lassen, welche das Verbot der
Verwendung von denaturiertem Spiritus fordert. Auf
dem Gebiet der Krankheitsverhütung und Kranken-
pflege ist die Errichtung eines Invalidenheims durch
die Landesversicherungsanstalt der Hansstädte, die
Einrichtung einer Krankenküche nach Glabbacher Muster
in Düsseldorf und die Einführung der unentgeltlichen
Deutsinfektion bei Tuberkulosefällen durch die Stadt
Halle zu erwähnen. Ein Ministerialerlaß bringt den
preussisch-hessischen Eisenbahnarbeitern einen Erholungs-
urlaub, welcher auf Antrag all denjenigen Personen
gewährt werden soll, welche auf eine dreijährige Dienst-
zeit zurückblicken. Bedauerlicherweise haben wir auch
weniger fortschrittliche Taten von den deutschen Eisen-
bahnverwaltungen zu melden, so bedurfte es zum Bei-
spiel in Dresden erst eines Streiks der Kupferschmiede
in der Eisenbahnwerkstatt, um ganz unmotiviert Lohn-
herabsetzungen abzuwehren. Ein Arbeiter desselben
Betriebs stand kürzlich wegen Unterschlagung vor Ge-
richt. Zu seiner Entschuldigung gab der Staatsarbeiter
an, daß ihm plötzlich der vierzehntägige Lohn von
45 auf 30 Mk. reduziert worden sei, und das Gericht
mußte unter ausdrücklicher Betonung der Notlage
milde Umstände gelten lassen. Die nie verstummenden
Klagen der Gastwirtsangestellten über zu geringe
Aufsicht der Betriebe durch die Gewerbeinspektion
werden in der Aera der neuen Bundesverordnung
wieder sehr laut. Ordentlich revidiert wurde nur in
Pofen, dagegen sind zum Beispiel in Berlin und Un-
tergernd von 2591 Betrieben nur einer und gar im
Regierungsbezirk Frankfurt a. O. von 4771 nur drei
von dem Inspektor besichtigt worden. In 12 Bezirken
mit 25272 Betrieben merkte man überhaupt nichts von
der Inspektion. — Im Anschluß an diese traurige
Tatsache machen wir unseren Lesern eine Neuierung
bekannt, welche besonders für unseren Beruf von Be-
deutung ist. Das hessische Ministerium für Handel
und Gewerbe hat seinen zwei Beratern aus Arbeiter-
kreisen nun auch einen organisierten Arbeiter und zwar
einen Portefeuerler zugesellt. Nicht alle Behörden haben
soweit Verständnis für die Notwendigkeit der Mit-
wirkung der Arbeiter in gewerblichen Angelegenheiten,
manche fallen sogar höchlich erfaunt aus dem Himmel
der Zufriedenheit, wenn die Arbeiter zur Aufrechterhaltung
von Ordnung und Gesetz mit beitragen wollen. So
hat auf eine Interpellation des Hafenarbeiterverbandes
betreffend Nichteinhaltung der Polizeiverordnungen ein
Wasserbauamt des Oberbezirks ganz entsezt gefragt:
Warum der Verband immer derlei Anzeigen erstatte,
was er eigentlich damit bezwecke.

Munter schreitet die Bewegung zur Verkürzung
der Geschäftszeit fort. Den Achtuhrabendenschluß
haben eingeführt: die Drogerien in Sorau, die Juwe-
liere usw. in Magdeburg, die Nähmaschinenhändler in
Berlin, die Herrenbuckeläden in Frankfurt a. M. und
endlich auch sämtliche offenen Geschäfte in Königsberg.
Voranschaulich wird sich auch bald Hannover-Binden
der Einführung des allgemeinen Achtuhrabendenschlusses
rühmen können. Nachahmenswert erscheint uns das
Beispiel des Ortsverbandes der Gewerksvereine in Elber-
feld, derselbe macht es den Mitgliedern zur Pflicht,
ihre Einkünfte vor 8 Uhr zu erledigen, um so die Laden-
inhaber zum früheren Geschäftsschluß zu nötigen.
Allerdings befürchten wir, daß diese tapferen Ansätze

zur Selbsthilfe respektive Erziehung der Kaufmannschaft
vielfach an der Nachlässigkeit der organisierten Arbeiter
scheitern werden. Unehliche Versuche zur Verkürzung
der Geschäftszeit sind selbst bei Konsumvereinen, die
doch dem Einfluß der Gewerkschaften bis zu einem
gewissen Grade unterliegen, nicht über das Stadium
der Resolution hinausgekommen. Leider ist der auf
Anregung des deutschen nationalen Handlungsgehilfen-
verbandes gemachte Vorschlag des Leipziger Magistrats
betreffend die Verminderung der Ausnahmetage vom
Neunuhrabendenschluß von 40 auf 23 von der Kaufmann-
schaft sehr abweisend behandelt worden. Dagegen
können wir berichten, daß mehrere Buchhändler in
Leipzig und Dresden einen früheren Geschäfts-
schluß an Sonnabenden eintreten lassen. Da die meisten
Firmen jedoch diesem Beispiel nicht folgen wollen,
empfiehlt der Vorstand des Buchhändlerverbandes in
Sachsen wenigstens die Gewährung eines freien Wochentags
sowie eines sommerlichen Erholungsurlaubes. In
Berlin schließen schon 211 Verlagsfirmen an Sonn-
abenden ihre Läden vor 5 Uhr. Auch die Rauchwaren-
geschäfte Leipzigs haben während des Sommers den
Dreiuhrabendenschluß an Sonnabenden beschlossen, und
21 Lebergroßhandlungen in Frankfurt a. M. geben
ihren Angestellten an allen Wochentagen exklusive Sams-
tags schon um 6 Uhr frei.

Außer dem groß angelegten Leipziger Projekt der
Einrichtung einer Fachschule für Kunstbuchbinder:
erwähnen wir, daß der Magistrat zu Jena die
private Fachschule für Kunsttischler in eigene Regie
übernehmen will. Auch die Militärwerkstätte Spandau
plant die Einrichtung einer Lehrabteilung. Wichtiger
als diese Neugründungen respektive Ausgestaltungen be-
reits bestehender Lehranstalten ist uns übrigens das
Zugeständnis der Handwerkskammer in Münster, daß
der Fachbildungsunterricht nur Wert habe, wenn er
in die Arbeitsstunden falle. In ihrem letzten Jahres-
bericht spricht diese Körperschaft den Wunsch aus, das
Reich möchte nur solche gewerbliche Fortbildungsschulen
subventionieren, deren Unterrichtsstunden Sommer
von 6 und Winter von 8 Uhr abends abgehalten werden.
Zur Ausdehnung des Proporz für die Gewerbe-
gerichtsahlen sei mitgeteilt, daß Bromberg und Bam-
berg diesen, den Grundfragen der Demokratie und den
praktischen Bedürfnissen entsprechenden Wahlmodus
einführen, während Essen den dahingehenden Antrag
der Gewerkschaften und Gewerbevereine unverständ-
licherweise ablehnte. Zum Schrecken aller praktisch
Denkenden wurde in der letzten Zeit das Gerücht ver-
breitet, die kaufmännischen Schiedsgerichte sollen nun
doch den Amtsgerichten angegliedert werden. Ein Ge-
werbebericht nach dem anderen nimmt Stellung zu
dieser Frage und alle sind sich einig, daß die kauf-
mannsschiedsgerichte mit den Gewerbegerichten ver-
bunden werden müssen. Hoffentlich überhört man in
Regierungskreisen über dem Geschrei der Deutsch-
nationalen diese Stimme der Sachkundigen nicht.

An die Verbandstage der verschiedenen Gewerk-
schaften schließen sich die Tagungen der Unter-
nehmerorganisationen, die für uns nicht
minder interessant sind, an. Um mit unserem Beruf
den Anfang zu machen, gedenken wir auch hier noch-
mals des Verbandstags deutscher Buchbinderunternehmern,
dessen Verhandlungen wir in letzter Nummer registrier-
ten. Nach einem Referat des Kunstbuchbinders Wam-
düssel über den von ihm verfaßten Leitfaden für
Gefellen- und Meisterprüfungen wurden die nötigen
Vorarbeiten zur Herausgabe des Werkes getroffen.
Sobann beschäftigte man sich mit einem einheitlichen
Preisktarif, konstatierte erschreckend große Abweichungen
an den verschiedenen Orten und empfahl schließlich die
allgemeine Annahme des Berliner Preisktarifs, welche
sich möglichst bis 1906 vollziehen haben sollte. Von da
ab soll dann ein auf alle Branchen ausgebeuteter
Reichspreisktarif durchgeführt werden. Eine unent-
behrliche Ergänzung eines solchen wäre, fügen wir hin-
zu, ein nationaler Lohnntarif, der die Schutzkonkurrenz
dauernd einschränken könnte. Bedauerlicherweise wurde
ein Antrag angenommen, welcher den Reichskanzler

veranlassen will, die Buchbinderei zum Saisongewerbe zu stampeln. Recht reaktionäre Tendenzen kamen auf dem Innungsverbandstag der Schuhmacher zutage. Man klagte über die Streiks und betonte durch Debatte und Resolution die Notwendigkeit eines Unternehmerverbandes über das ganze Reich. Dann erfolgte die obligate Sympathieumgebung an die Einkaufs- und Vertiefungsgewerkschaften. Der Kongress der Schuh- und Schäftepraktikanten brachte außer einem Protest gegen die hohen Lederzölle nichts für uns bemerkenswertes. Auf dem deutschen Gastwirtschaftstag wurde ein Referat über die Bundesratsverordnung zum Schutze der Angestellten gehalten. Im Herbst dieses Jahres soll eine Versammlung aller Gastwirtschaftsvereinigungen zu derselben entgeltlich Stellung nehmen. Manches Interessante bot der deutsche Fleischerverbandstag. Das „handelsfeindliche“ Gleichschickungsgesetz wurde natürlich verurteilt, und gewünscht, daß dasselbe wenigstens auch auf die Haus-schlachtungen ausgedehnt werde. Sodann verlangte man unter anderem auch die Definierung der Grenzen. Die Einführung eines Maximalarbeitsstags für Lehrlinge und Gesellen wollten die Verammelten unbedingt verhindern, dagegen wird man aus „christlichen und sozialen Gründen“ die Sonntagsruhebestrebungen warm unterstützen. Dieselbe Zusammenkunft bringt es fertig, zu verlangen, daß die bei Ladenschluß anwesenden Kunden noch bedient werden und die Angestellten auch nach Geschäftschluß zum Aufräumen angehalten werden dürfen! Schließlich spricht sich der Verbandstag noch für die Umbildung der Fortbildungsschulen in Fachschulen aus; und endlich beschloß man noch die Einrichtung eines zentralisierten, natürlich nicht paritätischen Arbeitsnachweises. Der Verband der deutschen Barbier und Friseur sprach sich für die Gründung eines Unterstützungsfonds für notleidende Prinzipale, will sagen, solchen Arbeitgebern, bei denen gestreift wird, aus. Gegen den Achtuhrladenschluß erklärten sich die Zigarren- und Tabakhändler Deutschlands, und der sächsische Innungsverbandstag will „immer größer werdenden Machtgelüsten der Arbeiter“ durch Gründung von Unternehmerorganisationen in allen Gewerben und deren föderativen Zusammenschluß zu einem Arbeitgeberverband entgegenzutreten. Bei der geistlichen Eintönigkeit der Klagen dieser verschiedenen mehr oder weniger gedrückten Existenzen über die Kulturanprüche der Arbeiter und die unauffällige Entwicklung der Großbetriebe entfallen wir uns eines fortschrittlichen Unternehmerparlamentes, dessen Tagung allerdings schon weiter zurückliegt. Der Kongress für angewandte Chemie, welchem überhaupt der Stempel der Neuzeit aufgedrückt war, behandelte auch die Arbeiterfrage. Er sprach sich für ein internationales Phosphorverbot und einen erweiterten Arbeiterschutz aus. Ueber die Lage der Arbeiter soll eine allgemeine Statistik Klarheit verschaffen.

An Neugründungen auf dem Gebiet der Unternehmerorganisationen erwähnen wir den Verband der selbständigen Posaumentier Deutschlands,

den Verband der deutschen Schuhhändler, den Arbeitgeberverband des Schneidergewerbes, denjenigen für das Transportgewerbe in Berlin und endlich noch die Unternehmerorganisation für das Baugewerk zu Breslau. Recht langsam schreiten dagegen die altentimlichen Innungen fort. Der Prozentsatz der in Innungen organisierten Handwerker hat sich von 25 im Jahre 1896 auf nur 35 im Jahre 1902 gehoben. Zählen wir hierzu noch die in Gewerbevereinen zusammengeflochtenen Handwerker, so sind alles in allem 42 Prozent sämtlicher deutschen Handwerker organisiert. Also sogar hinter diesen, stets als rückständig bezeichneten Elementen stehen wir noch in bezug auf Organisationsverhältnis zurück.

Betrachtet man sich die überraschend großen Erfolge der Arbeiterorganisationen, welche oft in keinem Verhältnis zu der Schwäche der einzelnen Berufsvereinigungen stehen, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß unser gewerkschaftliches Streben, von den Massen der Arbeiter oft verkannt und verraten, von der unauffälligen Entwicklung unseres ganzen Wirtschaftskreislaufes unterstützt wird. Ein flüchtiger Blick auf die neuen Errungenschaften auf tariflichem Gebiet, welche wir auch diesmal dem ehernen Bestand der dauernden Gewerkschaftserfolge einreihen können, bewahrt diese Auffassung. Allein im Baugewerbe sind wieder 27 kollektive Arbeitsverträge zustande gekommen, drei derselben erstreckten sich über das ganze Gewerbe, umfassen also die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, und zwei von diesen sind das Resultat langwieriger Ausperrungen. In Köln und in Hannover glauben die Unternehmer durch Brutalität die Arbeiterforderungen verstummen machen zu können, aber statt des erwünschten Schweigens der Unterdrückten haben sie die Ruhe der Tarifgemeinschaft auf paritätischer Grundlage eintauschen müssen. Leider führen nicht alle Aussperrungen zu so günstigen Friedensabschlüssen. In Mainz haben die Bauarbeiter ohne irgend welches Zugeländnis wieder ihre Beschäftigung aufnehmen müssen, und auch in Kassel wollten die Arbeitgeber alle Lohnforderungen durch eine Niesenaussperrung unterdrücken. Hoffentlich werden aber auch sie einsehen lernen, daß es unklug ist, die Arbeiter durch brutalen Terrorismus von der Arbeit zu jagen, anstatt sie durch fortschrittliche Tarifverträge an das Gewerbe zu fesseln. Aus der Metallindustrie erwähnen wir die Tarifanerkennung der Metallschlägerfirmen zu Dresden und den vor dem Einigungsamt abgeschlossenen Vertrag der Heizer und Maschinenisten der Alsterdampfer zu Hamburg. Die Steinmetzen Sachsens erfreuen sich fünf neuer kollektiver Arbeitsverträge, und im Transportgewerbe sind an Neuaemachungen zu verzeichnen der Tarif der Kohlenarbeiter des Dresdener Hafens und der Vertrag der Lagerhausarbeiter in Bremen. Den Bauern ist es wieder gelungen, die große Zahl ihrer Lohnsätze durch sieben zu vermehren, und die Bierfahrer, welche gewöhnlich ihre Arbeitsbedingungen mit den Bauern gemein-

schaftlich regeln, haben in Mainz ebenfalls einen Tarif abschließen können. Die Vertragsarme, durch die Heimarbeit unterwühlte Bekleidungsindustrie muß sich auch allmählich der vertraglichen Ordnung unterwerfen. Der Kürschnerstreik endete mit einem vor dem Berliner Einigungsamt eingegangenen Tarifvertrag, und die Maßschuhmacher in Hamburg haben es ebenfalls zu korporativen Vereinbarungen gebracht. Zählen wir zu den erwähnten noch die drei neuen Verträge der Lederarbeiter, so können wir mit Freude konstatieren, daß der vergangene Monat wieder 49 kollektive Arbeitsverträge gebracht hat. Im Tarifabschlüssen reich und an Vertragsbrüchen arm sind die letzten Wochen gewesen. Vereinzelt mehr oder weniger ernste Klagen über mangelhafte Vertragstreue von Seiten der Unternehmer werden allerdings laut, so bei den Belegerhiebbaunern in Berlin, den Steinmetzen der Altmark und den Bauern an verschiedenen Orten des Reiches. Andererseits haben wir aber auch sehr ermutigende Beweise von der wachsenden Würdigung der Tarife durch die Arbeitgeber. In Dresden machten sich zum Beispiel die Feingoldschläger eines Tarifsbruchs schuldig und schädigten dadurch ihre tariflosen Kollegen in Nürnberg-Fürth durch eine bedeutende Schleuderkonkurrenz. Darauf beschloffen die Nürnberger Prinzipale die Industrie von dem reaktionären Sachsen nach dem fortschrittlichen Sieden abzulernen. Die Arbeiter werden unter Zusage der Meise- und Umzugskosten sowie mit dem Versprechen auf gute Beschäftigung unter tariflichen Bedingungen nach Nürnberg gezogen und eine große Zahl derselben folgte bereits dem Rufe der Arbeitgeber. Ganz ähnlich wollen auch die Metallschläger vorgehen, wenn die Prinzipale der Lausitz nicht Tarif und Preiskonvention anerkennen. Das Bestreben des Verbandes der Glaser, mit den Unternehmern einen Tarifvertrag zustande zu bringen, fand bei der im Gewerbe maßgebenden Unternehmerorganisation, des Zentralverbandes der Glaserrinnungen, wenig Gegenliebe, doch erklärte die Innung in einer Zuschrift an den Gehilfenverband ihre Geneigtheit, die Vorschläge der Gehilfen einer Prüfung unterziehen zu wollen. Und nun noch zum Schlusse ein Beweis für die Zuverlässigkeit der Arbeiter bei der Aufrechterhaltung von Vereinbarungen, die auf Treu und Glauben eingegangen worden sind. Ein mehr radikaler als gewissenhafter Lötzer wollte in einer Versammlung zu Berlin seine Kollegen zum Tarifbruch verführen, indem er auf das wortbrüchige Vorgehen der Innung hinwies und eine Lohnherabsetzung in lockende Aussicht stellte. Aber sowohl die Verbandsleitung als auch die übrigen Medner traten diesen verräterischen Plänen mit aller Entschiedenheit entgegen, und so haben einmal wieder einfache Arbeiter hochmütige Unternehmer beschämt.

Aus unserem Berufsleben sind diesmal keine glänzenden Erfolge auf dem Gebiet der Neugestaltung der Arbeitsbedingungen zu verzeichnen. Der Arbeitsmarkt ist auch nicht eben zu rühmen, wie unsere monatliche Tabelle am besten beweist.

Gewerbe	Arbeitgebernachweise						Arbeitnehmernachweise						Paritätische Nachweise						Zusammen					
	Arbeitslose		Off. Stellen		Bes. Stellen		Arbeitslose		Off. Stellen		Bes. Stellen		Arbeitslose		Off. Stellen		Bes. Stellen		Arbeitslose		Off. Stellen		Bes. Stellen	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.		
Buchbinderei	252	1	43	—	36	—	60	21	9	13	8	12	293	167	127	174	92	119	605	189	179	187	136	131
Buchdruckerei	621	198	212	57	212	57	226	—	99	—	99	—	809	—	97	—	97	—	1656	198	408	57	408	57
Buchdruckerei-Hilfsarbeiter	—	—	—	—	—	—	66	83	73	67	63	61	—	—	—	—	—	—	66	83	73	67	63	61
Gravure und Ziseleure	—	—	—	—	—	—	68	—	12	—	12	—	—	—	—	—	—	—	68	—	12	—	12	—
Lithographen und Steindruck	49	1	—	—	—	—	299	—	88	—	76	—	—	—	—	—	—	—	348	1	88	—	76	—
Photographen	—	—	—	—	—	—	36	2	51	—	26	—	—	—	—	—	—	—	36	2	51	—	26	—
Xylographen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summa	922	200	255	57	248	57	755	106	332	80	284	73	1102	167	224	174	189	119	2779	473	811	311	721	249
																			3252		1222		970	

Der Prozentsatz der besetzten Stellen zu der Zahl der Arbeitslosen ist von 38,4 im Vormonat auf 29,5 gefallen. Sicher ist es mit eine Folge der flauen Geschäftslage, daß sich die Zahl der Druckereiverlegungen nach kleineren und billigeren Orten ständig mehrt. Diesmal kommen uns diesbezügliche Meldungen aus Hannover. Die unlängst zustande gekommene Konvention der Kopfpapenfabrikanten, welche ihre Tätigkeit mit einer Preisheraufsetzung begann, wird auch nicht zur schnellen Belegung des Arbeitsmarktes beitragen.

Verhältnismäßig lebhaft geht es in den Kreisen unserer nächsten Verwandtschaft des Auslands zu. Im Buchdruckerverband ereignete sich auf tariflichem Gebiet ein Fall, und noch dazu in der großen Metropole Berlin, den wir sonst nur bei uns für möglich gehalten haben, respektive bei unseren Prinzipalen. Bei Rudolf Mosse waren Differenzen ausgebrochen wegen Berechnung des Reichsabrechnungsbuchs. Der technische Leiter des Betriebs weigerte sich, das Tarifschiedsgericht zur Schlichtung anzuerkennen, dessen — Prinzipalsbesitzer er ist. Die Buchdrucker in Litzis sind in einen Kampf eingetreten, der eine Art von Sympathiestreit zu sein scheint und unheimliche Neben-

lichkeit mit einem kleinen Generalstreik hat. Während die Buchdrucker in London und Natal mitten in Lohnbewegungen stehen, ist es im Buchdruckgewerbe in Kopenhagen auf friedlichem Wege zu einer Erhöhung des Minimallohns gekommen. Die Lithographen der Schweiz haben eine nationale Tarifgemeinschaft abgeschlossen, welche bereits in Kraft getreten ist. Zur Einschränkung des Lehrlingsunwesens, dessen Auswüchse Gesetz und Tarif bis jetzt noch nicht völlig beseitigt haben, gehen die Buchdrucker von Landshut neuerdings vor. Sie suchen die Eltern durch Handzettel zu ermahnen, die Verhältnisse des Gewerbes erst sorgfältig zu prüfen, bevor sie ihre Kinder demselben anvertrauen. Außerst überraschend kommt uns die Nachricht, daß der Gutenbergsbund Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften sucht. Alles was wir über die Existenzberechtigung von Sonderorganisationen parteipolitischen Gewerkschaften gegenüber gesagt haben, könnte nicht zur Entschuldigung der Christlichen angewandt werden, falls sie diese Organisation rückgradloser Elemente im unproduktiven Kampfe gegen den anerkannt neutralen und erfolgreich wirkenden Buchdruckerverband unterstützen würden. Bei den Lithographen macht die Tarifbewegung auch nur recht

langsame Fortschritte, es fehlt hier an einer der notwendigen Voraussetzungen: an dem Bestehen einer Unternehmerorganisation. So haben neuerdings die Chemigraphen einen Tarifentwurf ausgearbeitet und den Prinzipalen eingereicht. Sie erhielten darauf von den Prinzipalen die tröstliche Mitteilung, sie müßten erst ihre Organisation ausbauen, um zum Abschluß einer Tarifgemeinschaft mit den Gehilfen zu kommen. Im internen Gewerkschaftslager sind diesmal keine bedeutenden Neuerwerbungen aufgetaucht. Die Zahl der Gewerkschaftsblätter ist um zwei vermindert, wir glauben nicht zum Schaden der lebenden Arbeiterschaft. Eingegangen ist das frühere Organ des Industriearbeitervereins zu Hferlohn, da die Vereinigung sich dem Metallarbeiterverband anschloß, und die Gaußzeitung, welche der Textilarbeiterverband seiner Zeit mit der niederheinischen Sonderorganisation übernommen hatte, stellt ihr Erscheinen ein. Die Arbeitslosenunterstützung haben nunmehr auch die Tapezierer auf ihrem Verbandstag beschloffen. Auf derselben Zusammenkunft hatten die Delegierten bittere Klagen über das unentwickelte soziale und speziell tarifliche Verständnis ihrer Arbeitgeber zu führen. Die Steinseher, welche zu den fluktuierendsten

Berufen gehören, wollen von nun an eine regelmäßige Arbeitsmarktbürohalterung einführen, die, gut ausgebaut, die Berufsangehörigen vor mancher vergeblichen Reise bewahren kann. Die Friseur Berlin's wollen den Anflug der privaten Stellenvermittlung durch Herbeiführung von Gerichtsschreibern systematisch bekämpfen und haben eine Kommission eingesetzt, die Schritte zur Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises tun soll. Allem Anschein nach werden auch die Schneider in Bremen bald die Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage regeln. Der Schneiderverband hat einen Gegenseitigkeitsvertrag mit den ungarischen Kollegen abgeschlossen. Die Bäcker haben dagegen mit aller Rücksichtslosigkeit den Kampf gegen die Ueberflutung der Großstädte durch ihre arbeitslosen Berufskollegen aufnehmen müssen. Diejenigen Mitglieder, welche die vom Verbandsvorstand erlassenen Zugangsverbote mißachten, gehen der Arbeitslosenunterstützung verlustig. Weit entfernt, dieses Vorgehen zu tadeln, konstataren wir mit Genugtuung, daß die Gewerkschaften auf Grund ihrer finanziellen Macht schon heute regelnd in die Bemühungen unseres Arbeitsmarktes eingreifen können, und zwar durch erweiterte Gewährung oder Entzug der Unterstützung auf nationalem und internationalem Gebiet. Unter den größtenteils noch unorganisierten Gardinen- und Spitzenwebern ist Stimmung zum Anschluß an den Textilarbeiterverband, und wie wir der „Bildauerzeitung“ entnehmen, wurde unlängst auch von dem Berliner Bildhauern die Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband in Erwägung gezogen. Mit ganz besonderer Genugtuung berichten wir, daß die freie Hilfskasse der Fischer die Umwandlung in eine Krankenzuschkasse beschlossen hat. Zum großen Kapitel der Grenzreitigkeiten liefern die Werftarbeiter- und Schiffszimmererverband einen Beitrag. In einer Konferenz beider Verbände unter Weisheit des Vorsitzenden der Generalkommission wurden schließlich die Gebietsgrenzen so bestimmt, daß in Städten, wo der eine Verband eine Zahlstelle hat, der andere keine Agitation zu lassen hat, wo aber beide Verbände keine Zahlstelle haben, ist das Agitationsfeld für beide Verbände frei, es sollen aber bei der Agitation nicht Mitglieder des einen Verbandes vom anderen getapert werden. Ein oft geäußertes frommes Gelübde, das aber in der Praxis nie gehalten wird und werden kann. Unter dessen schreiten die Anschlußbestrebungen des Allgemeinen Gärtnervereins an die Generalkommission respektive die Gewerkschaftskartelle munter fort. Mit 916 gegen 107 Stimmen hat die Generalversammlung des Märkischen Bundes dieser Vereinigung den Anschluß an die Berliner Gewerkschaftskommission beschlossen. Dieser Entschluß kann allerdings nur eine ideelle Bedeutung beigemessen werden, da die Kartelle nur solche Organisationen aufnehmen dürfen, welche der Generalkommission angehören. Aber die Zentralkommission hat bereits eine Konferenz aller Gauvorsstände in Aussicht genommen, die endgültig über die Angliederungsfrage urteilen soll. Fällt die Entscheidung zugunsten der freien Gewerkschaften aus, was kaum bezweifelt werden kann, so wird das Rot unserer Gärtnervereinigung wohlwiegend abgetönt werden. Der Allgemeine Gärtnerverein, den die „Gärtnerzeitung“ in der Polemik mit uns auf dieselbe Stufe stellt wie den Portefeuilierverband, ist eben keine Uebermuthsgründung der Sonderbündelei, sondern eine neutrale Organisation, welche aus praktischen Gründen eine Verbindung mit dem viel schwächeren sozialdemokratischen Verband einzugehen beabsichtigt. Solange die Zentralverbände die politischen Privatanschauungen ihrer Mitglieder noch so vergewaltigen wollen, wie z. B. die Maurer, welche die Zahlstellen an den Pranger stellen, an deren Sitz keine Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben wurden, ist jede Entlastung über Konkurrenzorganisationen, die ihre Entstehung politischen Meinungsunterschieden verdanken, außerordentlich unangebracht. Im Tapeziererverband hat der Berliner Sozialbeamte Leo Schmidt sich namhafter Unterschlagungen zuschulden kommen lassen und sich, als die Missethäter nicht mehr gingen, der Polizei selbst gestellt. Ein Einbruch, der im vorigen Jahre bei ihm gemacht wurde und wobei 1800 Mark zum Teufel gingen, wird von vielen Berliner Verbandsmitgliedern nun auch auf sein Konto gesetzt. Das Verbandsorgan der Tapezierer bebauert den Verlust der Person beinahe mehr als den des Geldes, meint aber, man sollte sich durch äußere, bestehende Eigenschaften eines Menschen nicht täuschen lassen, diesen auf seine Lauterkeit und Pflichttreue hin zu prüfen. Der Ungetreue scheint einer von der Nummer gewesen zu sein, der durch schöne Reden halten den Leuten imponierte. Eine Umänderung der lokalistischen Organisationen in Solingen an die dortigen Zentralverbände scheint sich erfreulicherweise anzubahnen. Die beiden Gruppen planen die Anstellung eines gemeinsamen Gewerkschaftssekretärs für das paritätische Zentralkomitee. Auf die Mitteilung verschiedener interessanter Vorkommnisse aus dem Lager der christlichen Gewerkschaften und der Gewerksvereine müssen wir heute aus Raumrückichten verzichten. Kurz berichtet sei nur von zwei zeitgemäßen Neuerungen.

Die Mitteilungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wollen von nun an ebenfalls eine Zusammenstellung der Tarifabschlüsse bringen und fordern die Mitgliedschaften zur Einsendung aller schriftlichen Arbeitsverträge auf. Der Zentralrat der deutschen Gewerksvereine beabsichtigt, eine vierteljährliche Enquete über die Lebenslage der Organisationsgenossen zu veranstalten, welche die bisherige, jetzt vom Reichs übernommenen Arbeitslosenstatistik ersetzen sollte. Cie.

Internationales.

Der Schweizerische Buchbinderverband hält am 29. und 30. August seinen 9. ordentlichen Verbandstag in Aarau ab, zu dem von den einzelnen Sektionen eine Reihe Anträge bezüglich Arbeitslosen- und Krankenunterstützung gestellt sind.

America. Der Streik der Kolleginnen in San Francisco, über den wir berichteten, endete mit dem Siege der Ausständigen. Dieser Sieg mußte kommen, denn die Kolleginnen benahmen sich während des Streiks, der vier Wochen dauerte, einfach musterhaft. Obgleich ihre Organisation erst acht Monate alt war, fand sich auch nicht eine Streikbrecherin. Die Freude über den Erfolg, der besonders der jungen Organisation zugute kommen wird, ist groß.

Die Washingtoner Buchbinder-Union und Präsident Roosevelt.

Unser New Yorker Korrespondent schreibt uns: Am 23. und 24. Juli d. J. ging ein gewaltiger Sturm durch den kapitalistischen Blätterwald. Es donnerte nicht übel in den langen Berichten und Leitartikeln. Und an diesem Unwetter, das sich noch nicht verzogen hat, ist die Buchbinder-Union von der internationalen Bruderschaft der Buchbinder in Washington schuld. Es handelt sich um folgende Geschichte: In der Buchbinderabteilung der Regierungsdruckerei zu Washington war ein W. A. Miller als Hilfsverführer beschäftigt. Der Mann spielte eine zweideutige Rolle, die zunächst zu seiner Suspendierung und schließlich zur Ausstoßung aus der Union führte. Da der Leiter der Regierungsdruckerei zur Union hielt, so wurde Miller entlassen. Nun aber kommt auf einmal der Präsident Roosevelt und setzt den Miller wieder in sein Amt ein. Diese Handlung des Staatsoberhauptes ließen sich jedoch die Kollegen nicht gefallen und so kam es denn zum Konflikt, aus dem die kapitalistischen Zeitungs-schreiber einen Sturm machten.

Es war am 22. Juli, als der Vorsitzende der Washingtoner Buchbinder-Union erklärte, daß jeder in der Regierungsdruckerei angestellte Buchbinder, sowie sämtliche Mitglieder verbundener Unionen die Arbeit niederlegen werden, wenn der Hilfsverführer Miller seine Tätigkeit wieder aufnimmt. An demselben Tag sandte die Union ein Schreiben an den Sekretär Cortelyou, Chef des Departements für Verkehr und Arbeit, in welchem gesagt wurde, weshalb die Union gegen die Wiedereinstellung Millers ist. Zur gleichen Zeit wurde auch eine längere Erklärung veröffentlicht, die für das Publikum, die hier gepriesene und auch mächtige „öffentliche Meinung“, berechnet war. Diese „öffentliche Meinung“ machen natürlich, wie überall, die Zeitungsschreiber. In der Erklärung wird die ganze Angelegenheit geschildert und gesagt, daß Miller die ihm unterstellten Arbeiter schlecht behandelte und die Union beschimpfte. Die Union hat dann gegen Miller eine Anklage erhoben, die einem Komitee überwiesen wurde. Dieses sandte ein Mitglied zu Miller, um dessen Erwiderung anzuhören. Seine ganze Antwort bestand jedoch nur aus Schimpfereien. „Unsere Organisation“, heißt es in der Erklärung, „will und kann nicht diktieren, wie in der Buchbinder der Regierungsdruckerei die Regeln gehandhabt werden sollen. Die Regeln sind die gleichen wie in allen Unionarbeitsstätten in den Vereinigten Staaten. Es ist nicht wahr, daß Miller gewisse Arbeiten für die Regierung billiger hergestellt hat, und daß dieses der Grund seiner Suspendierung und Ausstoßung aus der Union war. Millers Methoden waren absolut ungehörig und seine Art, Leute zu strafen, war einfach verächtlich. Sowohl im Geschäft als auch sonst sprach er über die ihm unterstellten Arbeiter in höhnischer, verlesender Weise und setzte dadurch das Departement in den Augen des Publikums herab.“

Ferner wird Miller beschuldigt, die Gesetzgebung zum Schaden seiner Union beeinflusst, und einem gewissen Kongreßmitglied Buchbinderpreisklisten aus anderen Städten geliefert zu haben, um daraus zu beweisen, daß die Buchbinder in der Regierungsdruckerei nicht genug arbeiteten, sowie diesem Repräsentanten die offizielle Abschrift des in dem Unionverfahren gegen ihn geltend gemachten Zeugnismaterials unterbreitet zu haben. Diese Handlungsweise wird als „tückisches Verfahren“ bezeichnet.

Die Erklärung der Union schließt mit folgenden Worten: „Die Union hat niemals Millers Entlassung aus der Regierungsdruckerei verlangt, aber es sollte in Betracht gezogen werden, daß unsere Statuten uns verbieten, mit einem suspendierten oder ausgesprochenen Mitglied zusammenzuarbeiten. Wir erfuhren, daß Miller auf Grund geschwäufiger Klagen, die der Leiter der Regierungsdruckerei erhoben, und im Einklang mit dem Zwillingsgesetz entlassen worden war. Unser Beweismaterial zeigte bis zur Evidenz, daß er den Leiter der Regierungsdruckerei wiederholt öffentlich beschimpft hatte.“

Der Schluß dieser Erklärung ist geschraubt: Die Union hat niemals Millers Entlassung verlangt, aber die Mitglieder werden auch niemals mit ihm zusammen arbeiten.

Jedenfalls kann man nun, da es ein Kampf mit dem Präsidenten ist, gespannt sein, wie die Geschichte ausgeht. Von den 570 organisierten Kollegen, die in Washington arbeiten, sind 524 in der Regierungsdruckerei beschäftigt.

Die Kapitalistenblätter fassen die Sache so auf, indem sie sagen: Der Präsident der Vereinigten Staaten hatte gefehlich das Recht, den entlassenen Miller wieder einzustellen. Die Unionmitglieder nun berufen sich auf ihre Statuten, die ihnen verbieten, mit dem Hilfsverführer zusammenzuarbeiten, das heißt also mit schlechten Worten: Die Buchbinder-Union stellt ihre Statuten höher als das Gesetz. So etwas ist natürlich fürchtbar, man kann deshalb auch die Entrüstung der Kapitalistenblätter verstehen, von denen eines zornig meinte, daß es nun höchste Zeit wäre, einmal Wandel zu schaffen; man habe ja schon manches Stückchen von den Unionen erlebt, die Buchbinder-Union in Washington aber habe den Reford gebrochen. Das war der Schluß eines Leitartikels, der leider nicht das Mittel angab, durch das der „Wandel“ herbeigeführt werden könnte.

Die Schuld am Streite trifft den Präsidenten, der sich in eine Sache mischte, die ihn nichts anging. Gibt er nun schließlich der Union recht, dann hat er die ganzen Kapitalistenblätter des Landes gegen sich. Mit denen aber will er auf gutem Fuße bleiben, denn im nächsten Jahre ist die Präsidentenwahl, aus der ja der Minister Roosevelt als Sieger hervorgehen möchte. Bleibt er aber bei seinem Entschluß, dann werden die Unionen unzufrieden, und da die im allgemeinen, vor allem im Osten des Landes, dem Kandidaten der Kapitalistenparteien die Stimme geben, so wäre diese Gegnerschaft doch auch unangenehm. Der beste Ausweg wäre: W. A. Miller ginge „freiwillig“. Vielleicht wird eine neue Untersuchung eingeleitet, als deren Resultat dann seine Entlassung auf neue erfolgt. So etwas ist ein Vergleich wäre für beide Teile gut. Es war schon von einem „Generalstreik“ die Rede, der gewiß ein so erhebendes Ende finden würde, wie alle seitherigen Generalstreiks, und die hatten doch noch eher einen Sinn. Auf jeden Fall wird die Sache in Kürze entschieden. Sonst gilt aber auch für hier das Wort: Kleine Ursachen, große Wirkungen.

Bericht über die kombinierte Versammlung der Mitgliedschaften des 16. Gaus.

Abgehalten in Fürth am 2. August.

Die Versammlung war gut besucht. Dem Bericht des Gauvorsitzenden Redling ist zu entnehmen, daß für ihn das abgelaufene Halbjahr Arbeit in Fülle gebracht hatte. Nach der Konferenz in Berlin, an der er sich beteiligte, kamen die Differenzen in Erlangen, welche die Anwesenheit des Gauvorstandes zehnmal forderten. Der Konflikt mit den Portefeuilern in Nürnberg erforderte gleichfalls das Eingreifen des Gauvorsitzenden. Die

Verhandlungen in Berlin machten es notwendig, daß dieselben den einzelnen Zahlstellen übermittelt werden mußten. Das geschah durch persönliches Erscheinen des Gauvorsitzenden in den Versammlungen der einzelnen Orte, wobei sich auch die Beobachtung machen ließ, daß die Erhebung einer Extrasteuer im 16. Gau auf keine besonderen Schwierigkeiten gestoßen wäre. Die Einnahmen für den Gau beliefen sich im ersten Quartal auf 8,26 Mk. und im zweiten Quartal auf 9,10 Mk., in Summa also auf 17,36 Mk. Ausgegeben wurden dagegen im ersten Quartal 30,31 Mk. und im zweiten Quartal 76,76 Mk., im ganzen 107,07 Mk. Der Gauvorstand war deshalb genötigt, 89,71 Mk. Zuschuß von der Zentralkasse in Anspruch zu nehmen. Da der Gauvorstand nur 248 Marken im Betrag von 86,80 Mk. an die Einzelmitglieder verkaufte, reichten also die Einnahmen nicht aus, um die Ausgaben zu decken. Die Ausgaben setzten sich zusammen aus 7,71 Mk. Porto für Zusendung der Zeitung, 13,76 Mk. Porto für Briefe an die Mitglieder, 6,60 Mk. für Schreibmaterial und 77,50 Mk. für persönliche Entschädigung. Unter letzterem ist das Fahrgehalt nach Erlangen, Würzburg, Regensburg, Nürnberg mit enthalten. Es zeigt sich also, daß die 20 Prozent, welche dem Gauvorsitzenden bleiben, nicht einmal ausreichend sind, das Porto zu bestreiten. Deshalb ist für weitere Einnahmen des Gaus zu sorgen. Das läßt sich machen durch Überweisung sämtlicher Einzelmitglieder an den Gau. Hier kann verschiedenes noch nachgeholt werden. So arbeitete in Weissenburg a. S. ein Mitglied, das seine Beiträge nicht einmal an eine Zahlstelle im Gau, sondern nach München zahlte. Auch von der Fürther Zahlstelle beanprucht der Gauvorstand ein Mitglied für sich. Im Januar waren an Einzelmitgliedern 9 vorhanden. Im Laufe des Halbjahres reisten zu 11, neu aufgenommen wurden 5, 10 reisten ab und 2 mußten gestrichen werden. Am Ende der Berichtszeit waren 13 Mitglieder vorhanden und zwar in Bayreuth 5, in Bamberg 3, in Hof 2, in Lauf, Bruck und Roedenburg je 1. Mitglieder, die in Schweinfurt, Windsbach, Kitzingen, Gunzenhausen, Weissenburg, Selb und Bernert während des ersten Halbjahres arbeiteten, sind dort wieder abgereist, ohne daß sie dazu beigetragen hätten, daß die Organisation hätte festeren Fuß fassen können. Mit Achaffenburg hat sich noch keine nutzbringende Verbindung herstellen lassen. Nachdem dort aber eine große Zahl in den Buntpapierfabriken beschäftigt sind, wird nochmals versucht werden, dem Verband dort Eingang zu verschaffen. In Forchheim ist kein einziger Buchbindergehilfe beschäftigt und die Organisation könnte höchstens bei den Arbeitern in einer Papier- und Staniolfabrik einsetzen. Von Bamberg mußte in der vorigen Versammlung ein schlechter Bericht gegeben werden. Jetzt sind dort wieder drei Mitglieder beschäftigt, von denen sogar einer in einem begeisterten Brief von Material schrieb, damit er nachhaken könne, was bis jetzt nach seiner Ansicht verfallen wurde. Im allgemeinen hat man die Beobachtung machen können, daß am Anfang ganz eifrige Kollegen mit der Zeit in den kleinen Orten von ihrer Tätigkeit immer mehr einbüßen. Jetzt herrscht im Gau ein recht reges Leben. In den einzelnen Zahlstellen ist eine große Mühseligkeit zu bemerken, nur das eine hat nicht gefallen, daß die Zahlstellen es unterlassen haben, ihre regelmäßigen Berichte einzuschicken.

Den Bericht von Erlangen gibt Dörr. Es hat ihn sehr gefreut, daß die Kollegen auswärts so großen Anteil an der Erlanger Bewegung genommen haben. Die Zahlstelle hat jetzt einen Mitgliederbestand von 100 männlichen und 87 weiblichen, die größte Zahl, die Erlangen je hatte. Der Zuwachs ist auf den Streik zurückzuführen. Mit Verbiegung kann konstatiert werden, daß die Neugetretenen nach der Bewegung nicht ausgetreten sind. Die Agitation ist in Erlangen noch recht schwierig. Es gibt noch viele Leute, die glauben, daß sie aus der Arbeit entlassen werden, wenn ihr Prinzipal erfährt, daß sie in der Organisation sind. In Zukunft sollen vorwiegend Werkstubeversammlungen abgehalten werden und haben diese hoffentlich das Resultat, daß in der nächsten Versammlung wieder von einem Fortschritt berichtet werden kann. Der Streik war ein Abwehrstreik. Durch ihn wurde erzwungen, was bis jetzt noch nirgends aufgewiesen werden kann, die Arbeiter und Arbeiterinnen

haben gleiche Löhne erhalten. Die Prinzipale haben allerdings das zugegeben, bevor sie es sich überlegt hatten. Jetzt sind sie aber daran durch ihr Wort gebunden.

Dörr gibt den Bericht von Fürth. Aus diesem sei erwähnt, daß sich im ersten und zweiten Quartal wenig geändert hat. Die Mitgliederzahl ist die gleiche geblieben. Ein einziges Mal mußte die Verwaltung bei einem Unternehmer vorstellig werden. Das zweite Quartal brachte große Ausgaben für Arbeitslose, so daß nicht nur die ganzen Einnahmen der Zahlstelle aufgezehrt, sondern sogar 3 bis 4 Mk. aus der Zentralkasse vorgeschossen werden mußten. Erst am Anfang des dritten Quartals nahmen die Mitglieder zu, so daß deren jetzt über 100 gezählt werden.

Haag, der den Bericht von Nürnberg gibt, betont, daß dieser nicht so günstig ausfällt. Innerhalb des letzten Halbjahrs hat die Zahlstelle Nürnberg um 30 Mitglieder abgenommen. Das ist durch den Übertritt der Portefeuerler begründet. Die Zahl der organisierten Buchbinder ist nicht zurückgegangen. Ebenso die weiblichen Mitglieder, deren sind aber noch viel zu wenig. In den Kunstanstalten wird nie etwas zu gewinnen sein ohne die Arbeiterinnen. Die meisten wechseln den Beruf oft, sie sind in den Geschäften nur Eintagsfliegen, die schwer für den Verband zu haben sind. In Nürnberg ist es noch nie vorgekommen, daß ein weibliches Mitglied Arbeitslosenunterstützung bezog. Diese günstige Arbeitsgelegenheit läßt die Frauen die Notwendigkeit der Organisation noch nicht erkennen. Für die Männer ist die Arbeitsgelegenheit bei weitem nicht so günstig. Von 130 Mitgliedern waren sieben bis zehn arbeitslos. Hierzu kommen noch die Nichtorganisierten. Unter den Kartonnagearbeitern wurde eine Agitation versucht, die jedoch zu keinem günstigen Abschluß führte. Nicht einmal gut besuchte Werkstubeversammlungen konnten abgehalten werden.

Der Bericht von Regensburg wird durch Köhler erstattet. In 10 Betrieben werden dort die Feiertage bezahlt, was in Anbetracht der großen Zahl derselben ins Gewicht fällt. Auch haben die Arbeiter in verschiedenen Werkstuben Urlaub. So zum Beispiel bei Pustet 8 Tage lang, bei Dittel 8 bzw. 3 Tage. Die Löhne differieren sehr stark. Sind in einigen Geschäften die niedrigsten Löhne 16 Mk., so zahlt Herr Gumpner noch 10, 7 ja 5 Mk. Lohn ohne Kost oder Logis. Gegenwärtig wird versucht, die Buchbinder in einer christlichen Gewerkschaft zu organisieren. Der Verband zählt zurzeit 31 männliche und 28 weibliche Mitglieder. Vor 4 Jahren waren noch 10 männliche und 8 weibliche organisiert. Aus einem lokalen Unterstützungsfonds erhalten die weiblichen Mitglieder 1,50 Mk. und die männlichen 3 Mk. auf 6 Wochen in Krankheitsfällen. Der Bestand dieses Unterstützungsfonds ist auf 155 Mk. angewachsen.

Walter berichtet von Würzburg, daß die dortige Zahlstelle nie mehr als 28 Mitglieder gehabt hat. Auf früheren Versammlungen wurde nie ein richtiges Bild von Würzburg gegeben. 49 gelernte Buchbinder sind im ganzen dort beschäftigt. Im ersten Quartal traten 2 und im zweiten Quartal 5 Kollegen dem Verband bei. Trotzdem also von dem früheren Bevollmächtigten prophezeit wurde, daß sich die Zahlstelle keine zwei Wochen halten wird, wenn er zurücktritt, so ist sogar ein Wachsen der Mitgliederzahl zu konstatieren. Der Besuch der Versammlung ließe zu wünschen übrig, da nur 10—12 Mann erschienen. In Würzburg ist schwer für den Verband zu arbeiten, deshalb ersucht die Zahlstelle agitations- und organisationsfähige Kollegen, die ihre Stelle wechseln, sich in Würzburg niederzulassen.

In der hierauf folgenden Diskussion wurden die Berichte als befriedigende erklärt. Der Streik bei Feldmann in Erlangen wurde besonders eingehend besprochen.

Der Stand der Tarifbewegung war der Punkt, der die Anwesenden wohl am stärksten interessierte. Kollege Reckling führte in einem einleitenden Referat kurz aus, daß wohl infolge der Krise in den kleineren Städten nichts geschah, um auch dort den Tarif einzuführen. Obschon die größeren Städte versprochen hatten, keine weiteren Forderungen zu stellen, bis der Tarif überall Eingang gefunden hat, so sind sie dem Versprechen

nicht getreu geblieben. In Leipzig ist es zwischen den Gehilfen und Prinzipalen zu Verhandlungen gekommen, die in der Tarifffrage von Entscheidung sein können. Die definitive Erklärung, welche die Prinzipale abgeben wollen, müsse aber abgewartet werden. Verwunderlich war die Zurückziehung der Extrasteuer durch den Verbandsvorstand. Gerade die großen Städte, insbesondere Leipzig, erklärten an Mitgliedern zu verlieren. Im 16. Gau sollte doch auch etwas geschehen. Man sieht, daß die Städte in Rheinland und Westfalen schon Stellung zum Tarif genommen haben. In Nürnberg und Fürth haben wir allerdings noch an der Krise zu leiden. Wenn in Zeitungsaufstellungen auch immer davon die Rede ist, daß die Arbeitslosigkeit immer besser wird, so haben wir bei uns davon nichts zu spüren. Dennoch wird in Fürth versucht werden, wenigstens in einzelnen Werkstuben Besserungen zu schaffen. In Würzburg haben wir es meistens mit Druckereien zu tun, da wird sich auch etwas machen lassen. Die Kollegen müssen eben selber tatkräftig mit eingreifen. In Regensburg hat Reber die besten Versammlungen gehabt und auch den besten Geist gefunden. Der Streik bei Hoppel hat ja schon einige Besserungen gebracht. In Nürnberg kommen bei einer Bewegung hauptsächlich die Kunstanstalten in Betracht. Dort sind es nur einige Spezialarbeiter, die einen halbwegs anständigen Lohn haben. In den Kartonnagegeschäften hat sich ja schon vor einigen Jahren etwas erreichen lassen. Schwieriger wird es in Erlangen sein, jetzt den Tarif schon wieder einer Revision zu unterziehen. Bei Feldmann scheint es ja etwas zu hapern. Wenn es im Herbst aber zum Ausstand kommen sollte, so dürfen die Kollegen nicht zurückstehen, welche beim Vorpostengefecht in erster Linie gestanden sind. Innerhalb der „Provinzstädte“ läßt sich sehr wenig machen. In Hof haben die Kollegen einen Lohn von 18 Mk. In Bayreuth ist ein ständiger Wechsel der in Arbeit stehenden Kollegen. Hält man dort heute eine Versammlung ab, so sieht man bei der nächsten schon wieder ganz neue Gesichter. Bis nicht zu übersehen ist, wie sich im allgemeinen die Bewegung gestalten wird, lassen sich für den 16. Gau auch keine Direktiven festlegen.

In der Diskussion meint Josef-Nürnberg, daß der Referent mit seinen Ausführungen vollständig recht habe darin, daß jetzt nichts Festes aufgestellt werden kann. Deshalb wünscht er auch keine längere Debatte hierüber. Hafentrichter-Erlangen ist der Ansicht, daß eine weitere Debatte nur mit Vermutungen wird ausgeschmückt sein, da es an einer realen Unterlage fehlt. Dörr-Erlangen hält es für zu scharf, gar nicht in eine Diskussion einzutreten, da in Erlangen bereits Schritte unternommen worden sind. Kollege Reckling-Fürth meint, daß wir wohl eine Direktive haben dahingehend, daß eigentlich überall möglichst gemeinsam vorgegangen werden soll. In Erlangen haben wir es aber mit Buchbinderei gar nicht zu tun. Deshalb brauchen sich dort die Kollegen auch nicht von auswärts beeinflussen lassen. Laier-Nürnberg ist der Ansicht, daß wir überhaupt in eine Bewegung eintreten können, ohne auf die größeren Städte zu warten. In unserem Gau sind so verschiedene Branchen vertreten, daß von einer allgemeinen Bewegung nicht gut gesprochen werden kann. Haag-Nürnberg glaubt, daß sich die ganze Tarifbewegung zerlegen habe, da die Berliner und Leipziger Kollegen von ihrem Versprechen zurückgetreten sind. Reckling erwähnt in seinem Schlusswort, daß sich innerhalb des Gaus keine bestimmten Bahnen vorschreiben lassen. Es kann weiter nichts geschehen, als daß erklärt wird, den einzelnen Zahlstellen bleibt es überlassen, wie sie vorgehen beschließen. Gewünscht wird noch, daß der Gauvorstand eventuell noch eine weitere kombinierte Versammlung einberufen soll, wenn er es für nötig halte. Sodann macht Haag im Auftrag der Zahlstelle Nürnberg den Vorschlag, am 16. August einen Ausflug zu machen, wobei sich die Zahlstellen Erlangen, Nürnberg und Fürth im Kaisersteinschen Garten in Bach treffen. Der Vorschlag findet Zustimmung. — Ein Antrag der Zahlstelle Erlangen, daß durch die kombinierte Versammlung beim nächsten Verbandstag beantragt wird, den Gaubevollmächtigten eine Entscheidung zu gewähren, wird bis zur nächsten kombinierten Versammlung zurückgestellt. — Durch Beschluß wurde bestimmt, daß Anträge, welche auf einer

zukünftigen kombinierten Versammlung behandelt werden sollen, wenigstens 14 Tage vor der Versammlung dem Gaubevollmächtigten bekannt gegeben werden sollen, damit diese noch veröffentlicht werden können. — Die kombinierten Versammlungen sollen von jetzt ab schon für den Vormittag einberufen werden. — Nach vierstündiger Dauer konnte die Versammlung, bereits stark gelichtet, geschlossen werden.

Korrespondenzen.

Dessau. Die Firma Seiler ist gesperrt. Leipzig. Das Personal der Kunstanstalt Groß befindet sich im Ausstand. Zugang von Buchbindern und Galanteriearbeitern ist fernzuhalten.

Stuttgart. Am Samstag den 8. August wurde eine außerordentliche Generalversammlung abgehalten. Herr Buchdrucker Knie sprach in 1 1/2-stündigem Vortrag über das Thema: Haben Tarifvereinbarungen praktischen Wert? Da die vom Redner höchst interessant geschilderte geschichtliche Entwicklung des Buchdruckertarifs ein großes Interesse bei unseren Mitgliedern voraussetzen darf, so seien hiermit einige der wichtigsten Ausführungen wiedergegeben. Derselbe führte aus: Verehbare Löhne wurden schon in älterer Zeit angestrebt. So von den Buchdruckern vor länger als 50 Jahren. Im Jahre 1848 wurden von diesen dann auch Schiedsgerichte verlangt, welche aber, durch die damaligen wirtschaftlichen Verhältnisse behindert, nicht zur Einführung gelangten. 1865 wurden in Gemeinschaft mit unseren Schwägern Tarifvereinbarungen zu erreichen gesucht. Die anfangs der siebziger Jahre geführten Kämpfe waren die ersten Vorstöße zu dem im Mai 1873 in Kraft tretenden Buchdruckertarif, der aber schon im Jahre 1876 durch einen Vorstoß der Prinzipale eine kleine Reduzierung erfuhr. Durch das Sozialistengefetz 1878 trat ein Stillstand auch in der gewerkschaftlichen Bewegung ein und legte so auch die Tarifbewegung der Buchdrucker lahm. Die Schiedsgerichte kamen zu der Zeit gar nicht mehr in Betracht. 1886 pochten jedoch die Buchdruckergehilfen wieder auf ihre Vereinbarungen von 1873, welche dann auch ziemlich erreicht wurden. Die in jüngerer Zeit verlorenen Streiks haben die Tarifgemeinschaft nicht in Frage gestellt; 1896 wurde eine allgemeine größere Ausbreitung des Tarifs angestrebt. Daß diese Ausarbeitung eines einheitlichen Tarifs insolge der überall anders gestalteten Löhne, die bis zu 60 Prozent unterschiedlich waren, eine überaus schwierige Aufgabe ist, muß ohne weiteres zugegeben werden. In einer Tarifgemeinschaft sollen möglichst alle Teile und Städte eines Berufs mit einbegriffen sein. Lebensaufgabe einer Tarifgemeinschaft muß es daher sein, nicht nur die Großstädte, sondern auch die Provinz herein einzuschließen. Deshalb war der bei der letzten Tarifrevision der Buchdrucker beschlossene Staffeltarif kein Rückschritt, wie viele Leute in die Welt hinausposaunten, sondern er bedeutete eine Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse. Die Löhne müssen der Lebenshaltung des jeweiligen Ortes angepaßt werden. Als die Buchdrucker im September 1901 den amtlichen Nachweis erbrachten, daß die Lebensmittelpreise eine Lohnerhöhung bedingen, wurde erreicht, daß 1902 eine fünfprozentige Lohnerhöhung eintrat.

Die ausübende Behörde bei der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker ist das Tarifamt. Dasselbe zusammen mit dem Tarifausschuß nimmt jährlich den beiderseitigen Bericht entgegen, an Hand welchem dann die Arbeit weiter eingeseht wird. Diese teilt sich in Verhandlungen mit den Gehilfen, Verhandlungen mit den Prinzipalen, Verhandlungen mit den Behörden und die schriftlichen Arbeiten. Daß diese Arbeit des Tarifamtes während 7 Jahren eine befriedigende war, geht daraus hervor, daß die Zahl der zu Tarif arbeitenden Gehilfen von 18 000 auf 38 000 gestiegen ist, so daß von den zirka 44 000 im Buchdruckergewerbe beschäftigten Gehilfen nur 6—7 000 nicht tarifmäßig entlohnt sind. Das Tarifschiedsgericht ist zugleich auch als Tarifberater zu betrachten. Wo ein Konflikt ausbricht, findet mündliche Verhandlung durch einen Gehilfen- und einen Prinzipalvertreter statt. Der Tarifausschuß besteht aus 9 Gehilfen- und ebensoviele Prinzipalvertretern. Seit 1896 fielen von 370 bei den Tarifschiedsgerichten anhängigen Klagefällen 212 zugunsten

der Gehilfen aus, 250 wurden durch Ausgleich erledigt. Eine weitere fruchtbringende neuere Institution ist das Kreisamt. Ein gleich wichtiger Punkt in Sachen einer Tarifgemeinschaft ist die Frage des Arbeitsnachweises. Redner ist der Ansicht, daß der Arbeitsnachweis in die Hände der Gehilfen gehört. Eine Angliederung desselben an ein städtisches Arbeitsamt könne er nicht das Wort reden. Bei einem paritätischen Arbeitsnachweis könne Hand in Hand mit den Prinzipalen auch in anderer Weise Nützliches erreicht werden. Redner kommt weiter noch auf die Lehrlingskala der Buchdrucker zu sprechen. Nach einer im letzten halben Jahre geführten Statistik habe die Lehrlingszuchterei so zugenommen, daß dem notwendig gesteuert werden müsse. Er bespricht ferner die Depesche an den Minister Posadowsky, die den Buchdruckern so sehr übel genommen wurde und erklärt, daß die Veranlassung nur darin lag, die Behörden für Berücksichtigung ihrer Tarifbestimmungen zu gewinnen. Zum Schlusse seiner trefflichen Ausführungen wünscht Redner noch, daß die Prinzipale unseres Berufs sich mehr und mehr von sozialen Gesichtspunkten leiten lassen möchten bei Anbahnung von Tarifgemeinschaft, dann werde auch Ersprießliches für beide Teile daraus erwachsen.

In der Diskussion stellt Schopper sen. eine Anfrage betreffs der Lehrlingskala für unseren Beruf. Genosse Knie erwidert, daß das von ihm Angeführte für uns weniger zutrefte. Hauptsächlich Stuttgart stehe in puncto Lehrlingswesen günstig, wenn auf sechs Gehilfen ein Lehrling komme. Eine Einschränkung sei in allen Berufen notwendig. Schmidt verbreitet sich hauptsächlich über die Lehrlingsfrage und die paritätische Arbeitsvermittlung. Gausein meint, daß unseren Prinzipalen vielfach das soziale Verständnis für die Wichtigkeit von Tarifvereinbarungen fehle. Unser Tarif stehe eigentlich nur auf dem Papier.

Nachdem wird die Wahl eines Kassierers vorgenommen. Da Lender Familienverhältnisse halber sein Amt niederlegte, so mußte Neuwahl eines Kassierers vorgenommen werden. Bei derselben wurde Deker per Akklamation gewählt. Der Vorsitzende dankt dem seitherigen Kassierer für seine aufopfernde und gewissenhafte Tätigkeit. Als Beisitzer zum Zahlstellenvorstand wurde Rehberg gewählt. Sodann führt ein Kollege Klage wegen Verlesens der Restanten. Es soll hierin jedoch wie seither verfahren werden.

Leipzig. Unsere am 7. August tagende öffentliche Versammlung beschäftigte sich mit dem Goutag in Blauen. Pfüge referierte in eingehendster Weise über die Bedeutung unseres diesjährigen Goutags. Den Ort hält Redner für den günstigsten. Bei seinen Ausführungen legt Pfüge der Versammlung einen Entwurf vor, welcher von der in einer früheren Versammlung gewählten Kommission ausgearbeitet ist. Derselbe enthält verschiedene Änderungen in der Reise- und Arbeitslosenunterstützung sowie Einföhrung eines Sterbegeldes. Selbstverständlich ist auch die Erhöhung des Beitrags mit vorgesehen. Mit diesem Entwurf soll sich dann der Goutag beschäftigen, um dann eventuell diesen dem Zentralvorstand zu übermitteln.

An dieses Referat schloß sich eine äußerst rege Debatte, in welcher sich Krempfer scharf gegen den Vorschlag Pfügers wendet, da seiner Ansicht nach die kassentechnischen Unterlagen fehlten. — Hierauf werden fünf Delegierte nach Blauen gewählt.

Sodann hält Genosse Pinkau einen sehr interessanten Vortrag über Londoner Straßenschilder und erntete dafür reichen Beifall. Es wird nochmals auf den am 16. August stattfindenden Ausflug aufmerksam gemacht. Des weiteren kam der Streik bei Groß zur Sprache und wurde beschlossen, die keiner Organisation angehörenden Hilfsarbeiter gemeinsam mit den sechs anderen Verbänden zu unterstützen.

Annaberg-Buchholz. Am 8. August hatten sich zu unserer Versammlung auf vorherige Benennung durch Ausdruck auf jede Nummer der Zeitung, die auf eine wichtige Tagesordnung hinwies, nur ganze neun Mitglieder eingefunden. Es ist tief bedauerlich, warum nicht einmal die organisierten Kollegen es für nötig halten, sich innerhalb 4 Wochen zu vertraulicher Aussprache zusammenzufinden.

Zunächst wurde die Beschickung des Goutags in Blauen beschlossen und nach Aussprache über die bis jetzt vorliegende Tagesordnung dem Delegierten Auftrag gegeben, nach besten Kräften und richtiger Auffassung zu handeln. Als Delegierter wurde Förster gewählt. Einem früheren Beschluß zufolge soll Sonntag den 30. August eine Partie über Geyersdorf, Königswalde nach dem städtischen Wasserkern, zurück über Kuhberg gemacht werden. Treffpunkt ist früh 6 Uhr am Kriegerdenkmal. Kollege Lohr als Gast übertrug die aufgegebenen Grüße der Zahlstelle Offenbach a. M. an die hiesige Zahlstelle.

Förster bat die Kollegen, bei Freiwerden von Arbeitsplätzen dem Bevollmächtigten Mitteilung zu machen, damit arbeitslose Verbandskollegen von Orte sowie solche auf der Reise befindliche untergebracht werden können. Die Mitglieder seien hiermit nochmals ernstlich ermahnt, durch zahlreichen Besuch der Versammlungen mehr Interesse für das Verbandsleben zu zeigen.

Dresden. In der am 1. August abgehaltenen Versammlung wurden die Kollegen Werner und B. Kohl als Delegierte für den am 23. August in Blauen stattfindenden Goutag gewählt. In der darauf folgenden Aussprache wurde von Werner folgender Antrag zur Beratung für den Goutag eingebracht: „Die Mitglieder Dresdens beantragen, um eine intensivere und erfolgreichere Agitation unter den minder entlohten Berufsangehörigen zu ermöglichen und um dadurch besonders die kleinen und mittleren Zahlstellen in die Lage zu bringen, in nicht allzuferner Zeit ebenfalls Verbesserungen ihrer dürftigen Lage zu erringen, beauftragt der Goutag des Gauzes XII den Verbandsvorstand in tunlichster Eile, spätestens zum nächsten Verbandstag, einen Entwurf vorzulegen, welcher eine gerechtere, klassenweise, dem Verdienst entsprechendere Verteilung der Beiträge zum Verband enthält als das gegenwärtige System.“ Darauf eingehend wies Klein nach, daß es unter solchen Umständen doch der Verwaltung sehr schwer gemacht würde, ein Mitglied in eine bestimmte Beitragsklasse einzuzeichnen, indem z. B. ein Kollege eine Zeitlang foundsoviel, dann wieder weniger verdient und insofern auch verschiedene Beiträge zu entrichten hätte, und doch schließlich auch die Unterstützungsätze für jeden Beitrag andere sein müßten, was für die Verwaltungsmittelglieder doch immerhin mit Unständlichkeiten verknüpft wäre. Legler sprach sich dahin aus, wenn wirklich etwas Derartiges eingeführt werden sollte, wäre es wohl am besten, wenn vom Verbandsvorstand zwei Staffeln Beiträge vorgegeben würden und es den Mitgliedern freigestellt bliebe, sich in die höhere oder niedrigere Klasse aufnehmen zu lassen. Hierauf wird der Antrag Werner gegen 6 Stimmen angenommen. Ferner wurde über das Unterstützungswesen gesprochen und wurden auch hier Änderungen gewünscht insofern, daß für ältere Kollegen, welche 5 Jahre und länger gesteuert haben, die Karenzzeiten verkürzt werden möchten. Legler wies darauf hin, wie Kollegen, welche alle halbe oder alle Jahre arbeitslos sind, den Verband viel mehr ausnützen können als solche, welche ihn alle 5 Jahre in Anspruch nehmen, wollte aber in diesem Falle keine bestimmten Vorschriften machen, da in Geldangelegenheiten so kurzer Hand nichts zu machen wäre und insofern doch alles darauf Bezügliche erst genauer geprüft werden müßte. Winnecke unterbreitet der Versammlung folgenden Antrag: „Ein Mitglied, welches dem Verband mindestens 5 Jahre angehört und ausgesteuert ist, soll nach 26 Wochen gesteueter Beiträge wieder die höchste Unterstützung beziehen können.“ Der Antrag wird von der Versammlung mit großer Majorität angenommen.

Silbesheim. Am 8. August fand unsere Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende Gensch. Demnach fanden 5 Mitglieder- und 1 Generalversammlung statt. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 11. Den Kassenbericht gab Kassierer Neure. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 135,49 Mk., eine Ausgabe von 69,55 Mk., somit Bestand 65,94 Mk., die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 36,91 Mk., eine Ausgabe von 13,85 Mk., Bestand 23,06 Mk. An Stelle des zum Militär eintretenden Kassierers Neure wurde Kunte einstimmig gewählt. Unter anderem wurde beschlossen, unser diesjähriges Stiftungsfest

bis zum Herbst zu verlegen. Sodann machte der Vorsitzende die Kollegen darauf aufmerksam, in Zukunft die Versammlungen immer so zahlreich zu besuchen wie die heutige Generalversammlung.

Die Kollegen blieben nach Schluß der Versammlung noch einige Zeit gemächlich beisammen.

Hamburg. Am 3. August fand im Restaurant Bornhöft unsere Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht gab Küster. Derselbe bezeichnete das vergangene Quartal als eines der ungünstigsten, die wir seit langem gehabt haben; es wurden namentlich viele ältere Kollegen von der Arbeitslosigkeit betroffen. Wie segensreich da nun unsere Arbeitslosenunterstützung wirkt und wieviel Not und Elend dieselbe fernzuhalten imstande ist, ist daraus zu erkennen, daß in Hamburg allein über 1400 Mk. zur Auszahlung gelangten, wovon 37 männliche und 7 weibliche Mitglieder am Orte allein die Summe von ca. 1200 Mk. erhielten. Die schlechte Geschäftskonjunktur übte auch auf die Fluktuation der Mitglieder einen Einfluß aus, denn 46 Eintritten standen 61 Austritte zc. gegenüber; der Mitgliederbestand beträgt zurzeit 274 männliche und 145 weibliche, insgesamt 419 Mitglieder, somit gegen das vorige Quartal 15 weniger. Versammlungen fanden fünf und eine Generalversammlung statt. An Vorträgen hielt Kollege Blich ein Referat über die Verschmelzung der Zentralkrankenkasse mit dem Verband und Genosse Laufstötter über die Fristenberechtigung des Kapitalismus. Zur Erledigung der Geschäfte gebrauchte die Ortsverwaltung sechs Sitzungen, außerdem fand eine Sitzung mit dem Gau- und Altonaer Zahlstellenvorstand statt. Mit unseren Lohnverhältnissen beschäftigten sich zwei kombinierte Sitzungen. Offener fand in Lübeck ein Gantag statt, welcher die Überweisung der Einzelmitglieder an den Gau beschloß, es dürfte die dortselbst herbeigeführte Ansprache eine weitere Anregung zur kräftigen Agitation gewesen sein und werden hoffentlich die Gauzahlstellen dieselbe zum Wohle unserer Organisation betreiben. Um einen Einblick in die für uns in Betracht kommenden Betriebe zu gewinnen und um festzustellen, inwieweit unseren Forderungen von 1900 entsprochen wird, fand eine statistische Erhebung statt, deren Resultat als von den unorganisierten Werkstätten unvollständig noch aussteht. Sehr zu leiden haben wir unter der Lokalkasse gehabt, und wäre zu wünschen, nachdem es uns gelungen ist, ein bedeutend größeres Lokal zu erhalten, daß auch die Mitglieder vollständig zu den Versammlungen erscheinen, zumal wir einer Zeit entgegen gehen, die ein festes Zusammenstehen voraussetzt. Deshalb seien unsere Kollegen und Kolleginnen aufgefordert, auch im neuen Quartal kräftig die Verbetsommel zu rühren, damit wir mit Zuversicht der Zukunft entgegen sehen können. Den Kassenbericht gibt Rippe. Bei einer Einnahme von 1381,45 Mk. und einer Ausgabe von 1331,48 Mk. bleibt für die Verbandskasse ein Überschuß von 49,97 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 759,93 Mk. und eine Ausgabe von 935,82 Mk., somit ein Defizit von 175,84 Mk.

Den Arbeitsnachweisbericht gibt Dostal. Es wurde hierbei über den von Vorst. gestellten Antrag diskutiert, welcher besagt: „Jeder Kollege, der arbeitslos wird, ist verpflichtet, die Aufhebung oder Kündigung seines Arbeitsverhältnisses im Nachweis sofort zu melden. Desgleichen ist jeder gekündigte Kollege berechtigt, sich in einem besonderen Register eintragen zu lassen.“ Da nach Erachten des Vorstandes der Antrag zur Hebung des Arbeitsnachweises wenig beitragen wird, wird selbiger abgelehnt. Ebenso der Antrag Schaal: „Kollegen, welche eine Aushilfsstelle annehmen und diese nach 14 Tagen selbst wieder aufgeben, sind am Schluß der Arbeitslosenliste zu führen.“

Als Revisoren werden für die Ausscheidenden Wagner wieder-, Hoppe neugewählt. Als Schriftführer wird Schlegel gewählt.

Unter interner Vereinsangelegenheit lag ein Antrag von Dostal vor: „Die Ersatzwahlen für den Festausschuß in den Versammlungen vorzunehmen“; derselbe wurde abgelehnt und ein diesbezüglicher Antrag von Schlegel angenommen: „Die Wahl des Festausschusses, sowie die nötigen Ersatzwahlen sind in der Versammlung vorzunehmen, kommt eine Ersatzwahl in der Versammlung nicht zustande, so ist der Festausschuß berechtigt, sich selbst zu er-

gänzen.“ Es wird hierauf Fräulein Niehn als Ersatz für Barth in den Festausschuß gewählt.

Kostock. Nachstehend sei wieder einmal etwas über unsere Zahlstelle berichtet. Während wir früher durchschnittlich 12 Mitglieder hatten, haben wir dieses ganze Jahr nur 8 bis 10, gegenwärtig 9. Worin der Grund dieses Rückganges liegt? Die Ursachen sind mancherlei. Erstens sind in einigen Geschäften, wo früher 2 bis 3 Kollegen tätig waren, jetzt schon seit langem nur einer, dann sind auch mehrere, die aller angewandten Mühe zum Trotz, zum Eintritt nicht zu bewegen sind.

Auch die Beschäftigung weiblicher Personen findet hier jetzt mehr Eingang. In einer Firma, deren Chef früher prinzipiell keine Arbeiterinnen beschäftigte, sind jetzt in der Buchbinderabteilung deren drei. In einer zweiten war sonst nur eine Arbeiterin, jetzt ist die zweite eingestellt, dann sind noch zwei Firmen, die mehr oder minder weibliche Arbeiterinnen beschäftigen.

Wenn nur erst die Fluktuation der Mitglieder aufgehört hat, dann müssen auch wir versuchen, hier Ordnung zu schaffen, damit Löhne von 4 Mk. bis 6,50 Mk., mit einer Ausnahme 9 Mk., keine ortsüblichen werden. Früher war auch mehr Zusammenhang im Gesellenausschuß und dadurch mehr Einfluß unsererseits auf sämtliche Kollegen. Jetzt ist diese Institution auch schlafen gegangen. Ein Versuch der Junung, diesem Rinde wieder neues Leben einzuhauchen, ist gescheitert, denn der neugewählte Mitgeselle brannte seinem Meister nolens volens mit 100 Reichsmarkern durch. Durch dieses Nichtfunktionieren obiger Körperschaft kommen wir aber sehr wenig mit den Individen in Berührung.

Seitens unserer Zahlstellenverwaltung wird nun zwar alles mögliche getan, um unsere Versammlungen vielseitig zu gestalten. Der Erfolg aber ist recht minimal.

Kollegen! geht einmal in euch, das darf doch nicht so fortgehen. Alle 14 Tage hat jeder von euch einen Abend frei, der gehört unserer Organisation, da wollen wir raten und taten, unser Loz zu verbessern. Denkt an die schönen Abende, die wir früher in der Zahlstelle hatten, das muß auch jetzt noch möglich sein. Also regelmäßig und pünktlich zur Versammlung; wer um 7 Uhr Feierabend hat, kann auch um 9 Uhr da sein. Unsere Kassenverhältnisse können wir momentan normal nennen. An Arbeitslosenunterstützung haben wir im 1. Quartal nur an 2 Zugereifte zusammen 7 Mk. gezahlt. Im 2. Quartal hatten wir gar keine Arbeitslose. Über allzu großen Zugang können wir also nicht klagen und es ist auch gut so. Je weniger durchkommen, desto mehr Ausichten haben wir, unsere Löhne zu erhöhen. Jedenfalls wissen die reisenden Kollegen auch alle, daß hier an der Seekante weiter nichts als Spritzer zu holen sind. Der Stamm der hier beschäftigten Kollegen wird gehalten, eventueller Überschuß an Arbeitskräften sind junge Kollegen, die dann auch gleich den Staub von den Füßen schütteln.

Unsere Lokalkasse weist jetzt wieder einen Fonds von 26,12 Mk. auf. Spottentlich hält die steigende Tendenz an; haben wir doch sogar einen Extrabeitrag von 5 Pf. wöchentlich, was vor Jahresfrist einzuführen noch nicht möglich war.

Die vom Zentralvorstand ausgeschriebene Extrasteuer war auch hier nicht allseitig freudig begrüßt, doch sträubte sich keiner zu zahlen. Es trat auch nicht die Ansicht auf, daß die kleinen Zahlstellen — und wir sind wohl die kleinste — von der Tarifbewegung keinen Nutzen haben. Extrasteuern lieben wir allerdings nicht, die Kostocker sehen lieber einen festen Beitrag, und wenn derselbe 50 Pf. wöchentlich betragen sollte. Doch meinen auch wir, daß die Unterstützungen mehr ausgebaut werden müssen, wovon hauptsächlich die am Orte Seßhaften profitieren sollen. Wir sind eben auch hier zum Teile etwas sehr materiell veranlagt. — Die Tarifbewegung wird auch hier mit Interesse verfolgt. Daß für die Kleinen dabei nichts herauskommt, glauben wir nicht. Wir haben vor drei Jahren auch verstanden davon zu profitieren. Nur einig, fest zusammenhalten und geschickt die Situation ausnutzen. Jetzt allerdings ist's hier auch nicht weit her damit. Der Minimallohn von 17,50 Mk. steht nur auf dem Papier, sogar der alte von 16,50 Mk. wird nicht eingehalten. Das ist kein gutes Zeichen! Der Minimallohn muß strikte verlangt werden, die

Meister werden schon zahlen, wenn sich keiner für billigeren Lohn findet. Also Kollegen hier am Orte! Geht in euch und erfüllt eure Pflicht, vieles liegt hier im argen, was bei einigermaßen gutem Willen besser sein könnte. Frisch an die Arbeit, dann geht's auch bei uns wieder vorwärts!

Eine Berichtigung

schickt uns mit Bezug auf den Steglitzer Versammlungsbericht und unter Berufung auf das Preßgesetz der Kollege Mauci, gegen den der Ausschluß beantragt war. Eine Verpflichtung, die lange Berichtigung zu bringen, besteht für uns nicht, auch ist ihr Inhalt recht belanglos. Nur um dem Einsender Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sei folgendes aus seiner Berichtigung wiedergegeben:

„Nicht durch mich, sondern durch die läppische Art und Weise einzelner, ja, eines einzelnen, hat sich das ereignet, was jeder Gewerbekastler, der klar und objektiv denken kann, vermeiden hätte und vermeiden mußte. Sehr bezeichnend für die geistige Richtung dieser Herren ist es, wenn sie aus Rache mir Mangel an Bereitwilligkeit bei Zahlung von Beiträgen vorwerfen. Ich, sowie viele andere, zahlten die Beiträge sprunghaft und sind wir am Schluß des Quartals unseren Verpflichtungen nachgekommen. Derselbe Vorwurf könnte meines Wissens nach viele Tausende von Organisierten treffen.“

Rundschau.

* Die Geduldsprobe, welche Bezeichnung unsere Tarifbewegung immer mehr verdient, wird weiter fortgeführt, bis der Faden doch nun endlich zu reißen droht.

Nach Ablauf der von den Herren Prinzipalen ausbedungenen Bedenkzeit, um Stellung zu unserer Erklärung, die die letzten Zugeständnisse enthielt, zu nehmen, kam ein vom 5. August datiertes Schreiben an den Verbandsvorstand, worin um eine Verlängerung dieser Bedenkzeit ersucht wird; da die Unterhandlungen mit Berlin und Stuttgart noch nicht abgeschlossen sind, sollte uns Bescheid im Laufe der nächsten Woche zugehen. Diesem Schreiben folgte aber am anderen Tage ein zweites, vom 6. August datiertes, laut welchem wir abermals zu einer Tarifstimmung, die am Dienstag den 11. August in Leipzig stattfinden sollte, eingeladen wurden. Darauf gab der Verbandsvorstand den Herren Prinzipalen den telegraphischen Bescheid, daß wir erst dann zu dieser Sitzung kommen können, wenn die Prinzipale bestimmt mitgeteilt haben, wie sie sich zu unserer letzten Erklärung stellen. Es wäre ja wirklich ganz zwecklos, auf Grund dieser vollständig unverbindlichen Einladung abermals nach Leipzig zu kutschieren und unverrichteter Sache wieder heim. Um doch aber endlich einmal ein Ende in dieser Geduldsprobe zu finden, hat der Verbandsvorstand nunmehr an die Prinzipale das Ersuchen gestellt, bis zum Donnerstag den 13. August eine klipp und klare Antwort an uns gelangen zu lassen, wie sie sich zu unserer Erklärung stellen.

Nur noch Tage trennen uns jetzt von dem Zeitpunkt, wo der gegenwärtig bestehende Tarif sein Ende erreicht hat, ohne auch nur irgendwelchen Ausblick zu haben, was geschehen soll. Es muß doch nach dem letzten Verhalten der Prinzipale der Anschein erweckt werden, als will man uns an der Nase herumführen. Verbinden die Prinzipale mit dieser Verschleppung eine gewisse Absicht, oder ist die Verstärkung und Entschließung über unsere Erklärung denn so schwer? Seit Wochen warten wir auf eine endgültige definitive Lösung der Angelegenheit und haben auch mit der Bepfehlung derselben in der Zeitung zurückgehalten, um abzuwarten bis ein gewisser Abschluß erkennbar ist. Aber vergebens. Es wird hin und herparlamentiert, ohne zum Beschluß zu kommen.

Wenn die Leser diese Zeilen zu Gesicht bekommen, muß eine Entscheidung auf Seiten der Prinzipale gefällt sein — oder bei uns ist endlich der Geduldsfaden gerissen.

* Als gerichtlicher Sachverständiger für in das Buchbindergerwerbe fallende

Klagefachen ist Herr M. A. Bennewitz aus Leipzig vereidigt und für das königlich sächsische Amts- und Landgericht angestellt worden.

* Die Hamburger Buchbinderinnung (Freie Innung) berichtet über das abgelaufene Geschäftsjahr, daß die Fachschule, die von 9 Lehrlingen und 7 Gehilfen besucht wurde, einen Zuschuß aus der Innungskasse von 239,60 Mk. erforderte. Für das neue Geschäftsjahr ist der Fachschule ein erhöhter Staatszuschuß von 800 Mk. auf drei Jahre bewilligt. Gesellenprüfungen fanden neun statt. Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 2972,56 Mk., Kassenbestand ist 1653,60 Mk. Interessant ist, daß sich auf dem Innungsnachweis 635 Arbeitsuchende meldeten, von denen 287 Zugereifte waren und 179 das Reisegehalt bekamen. Von diesen 635 Arbeitsuchenden konnte aber nur 82 Arbeit vermittelt werden, eine verschwindende Zahl gegen die, welche der Arbeitsnachweis unserer dortigen Zahlstelle aufweist, der 246 Arbeitslosen Beschäftigung zuwies.

* Eine große Aussperrung der Textilarbeiter in Grimnitzschau, bei der circa 8000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden, bereitet der dortige Fabrikantenverein vor. Die Arbeiter verlangen eine zehnprozentige Lohnerhöhung und die zehnstündige Arbeitszeit. Daraufhin wurden 7—8000 Textilarbeiter gekündigt. Wenn inzwischen keine Einigung erzielt wurde, so dürfte die Aussperrung bereits perfekt sein.

* Ein Urteil über das Streikpostenfähren, das in diametraler Gegensatz steht zu dem kürzlich auf Grund eines ähnlichen Tatbestandes vom Berliner Kammergericht gefällten Urteil (siehe „Buchhinder-Zeitung“ Nr. 31), hat der Strafsenat des sächsischen Oberlandesgerichtes gefällt. Wie in Berlin war in Leipzig gelegentlich eines Streiks ein Arbeiter, der als Streikposten diente, von Schutzleuten auf Grund des § 157 des Straßenregulativs der Stadt Leipzig, der die Erhaltung der Ordnung zc. auf der Straße betrifft, zum Weitergehen aufgefordert worden. Der Arbeiter hatte dieser Aufforderung nicht Folge geleistet. Durch alle Instanzen hindurch wurde der Arbeiter verurteilt, da die Gerichte zu der Auffassung kamen, durch den Angeklagten sei die Ordnung und Sicherheit auf der Straße gefährdet worden, weil es erfahrungsgemäß zwischen Arbeitswilligen und Streikenden oft und sehr leicht zu Tätlichkeiten käme. Der Einwand, daß das Verbot eine Beschränkung der durch § 152 G.-D. gewährleisteten Koalitionsfreiheit bedeute, sei unbegründet. Es handele sich im vorliegenden Falle nicht um eine Bekämpfung der Koalitionsfreiheit, sondern um eine Aufrechterhaltung der Ordnung auf den Straßen. Es würde geradezu ein Privilegium den Streikenden gegenüber bedeuten, wenn man ihnen, was allen anderen Leuten verboten sei, gestatten wolle, daß sie durch ihr Verhalten möglicherweise (!) eine Störung der öffentlichen Ordnung auf der Straße herbeiführen. Dieser Begründung gegenüber, so schreibt die „Soziale Praxis“, der wir vorstehende Notiz entnehmen, erscheint uns diejenige des kammergerichtlichen Urteils, das zu einer Freisprechung kam, bedeutend besser mit dem allgemeinen Rechtsbewußtsein übereinzustimmen.

* Der Arbeitgeber-Schutzverband der Tischlermeister und Holzindustriellen hat auf seiner Versammlung in Frankfurt a. M. das Altheilmittel gegen Streiks erfunden, als da ist die von den Bäckermeistern schon bekannte Organisation der Meistersöhne. Vom üblichen Vorstand ging der Antrag aus, eine „Arbeitergarde“ zu errichten, damit einer Eventualität wie in Kassel vorgebeugt werden könne. Der Verband der Eisenindustriellen habe jederzeit eine solche Truppe von 400 Mann zur Verfügung und im Schneidergewerbe hätten sich die seit einem halben Jahre gebildeten Vereine von Meistersöhnen schon in 21 Städten gut bewährt. Andere hielten neben diesen vorbeugenden Maßnahmen den Anschluß an die Arbeitgeberverbände im Baugewerbe für rätlich, damit man gegebenenfalls ein Beispiel nach dem Muster der großen dänischen Aussperrung statuieren könne, wieder andere empfahlen, einfach 25 Prozent der

Holzarbeiter in Deutschland zu entlassen, wenn ein Streik sich nicht beilegen lasse. Wenn die Herren auf keine anderen Mittel und Wege verfallen, können sie das Köpfebrechen wahrlich lassen. Weiter haben diese Scharfmacher eine Petition an Bundesrat und Reichstag beschloffen, dem § 153 der Gewerbeordnung einen neuen Absatz folgenden Wortlauts anzuschließen: „Berufsvereine und Verbände haften mit ihrem Vermögen dem Betroffenen für die von ihren Beamten und Mitgliedern verursachten Verluste und Schädigungen bei Streiks, Aussperrungen, Sperrungen und Streikposten.“ Man hat also von dem Taff-Bale-Entscheid etwas läuten hören und möchte eine derartige Rechtsprechung nun auch nach Deutschland übertragen wissen. Wer dabei aber den kürzeren ziehen würde, sollte doch auch für die aussperrungslüfernen Scharfmacher der Holzindustrie keine Frage mehr sein.

* Verurteilung wegen Arbeitswilligenbeleidigung. Die Strafkammer in Köln verurteilte einen Former zu zwei Tagen Gefängnis. Er soll zu drei Schloffen geäußert haben: Wenn wir wieder hineinkommen, müssen die Streikbrecher hinaus. Darauf kam der § 153 der Gewerbeordnung in Anwendung. Wegen desselben Delictes wurde in Krefeld ein Zimmerer zu einer Woche, ein anderer zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt. An diesem Prozeß ist besonders auffallend, daß die als Zeugen genannten Personen gar nicht vernommen wurden, da man den angeblich beleidigten Arbeitswilligen ohne weiteres glaubte. Endlich erhielt ein Dachdeckergebilde für den freundlichen Gruß: „Guten Tag, Streikbrecher!“ vom Leipziger Schöffengericht 14 Tage Gefängnis.

* Über eine seltsame Entschädigungsklage eines Arbeitswilligen erfahren wir aus Lübeck folgendes. Ein Maurer hatte im vergangenen Jahre eine Klage gegen den Vorstand der Lübecker Zahlstelle des Maurerverbandes angestrengt, die bezogen sollte, daß seitens des Verbandes an ihn wöchentlich 26,80 Mk. gezahlt würden, da er als Arbeitswilliger keine Arbeit als Maurer finden könne, weil seitens des Verbandes denjenigen Arbeitgebern, die ihn beschäftigten, die Verhängung der Sperre angedroht wurde. Der Termin endete damit, daß sich das Amtsgericht, bei dem die Klage anhängig gemacht worden war, für unzuständig erklärte. Was aber damals nicht gelang, wurde nun zum zweitenmal versucht, jedenfalls durch gewisse Hintermänner, die da schieben. Der Sachverhalt, auf den sich die neueste ähnliche Klage stützt, ist kurz folgender: Ein Maurer Koch war 1901 aus dem Maurerverband ausgeschlossen worden, weil er als Arbeitswilliger fungierte. Dieser Ausschluß erfolgte auf Beschluß der Versammlung. Er erwarb aber später andererseits die Mitgliedschaft. Als er bei einem anderen Meister in Arbeit trat, drangen seine mit ihm arbeitenden elf Kollegen auf seine Entlassung und sollen zu diesem Zwecke mit sofortiger Arbeitsniederlegung gedroht haben. Nach der Klage soll das gemeinliche Vorgehen der organisierten Maurer, dessen Berechtigung ausdrücklich anerkannt wird, gegen die guten Sitten verstoßen. Hierauf gestützt, hat K. nun gegen die 11 Verbandsmitglieder Klage erhoben. Er fordert von diesen zunächst den verloren gegangenen Arbeitsverdienst für die Zeit vom 5. Juni bis 2. Juli — an welchem Tage er Arbeit erhielt — mit 129,52 Mk., außerdem für zwei Reisen und Annoncen (!) 14,45 Mk. Doch hiermit ist er noch nicht zufrieden. Er verlangt nämlich ferner die Differenz zwischen dem jetzigen 4 Mk. betragenden und dem früheren auf 5,22 Mark bemessenen täglichen Arbeitsverdienst mit 183 Mk. Der gute Mann fordert also von seinen früheren Mitarbeitern die Kleinigkeit von 326,97 Mk. Für diese Klage ist dem K. das Armenrecht gewährt worden. Verliert er also den Prozeß, so hat die Staatskasse die Kosten. Eine Maurerverversammlung in Kiel beschloß, den beklagten Kollegen den ausgiebigsten Rechtsschutz zu gewähren.

* Arbeiterlebensversicherung in Dänemark. Die dänischen Gewerkschaften sowie die Krankenkassen der dänischen Arbeiter haben ein Übereinkommen mit der Staatsanstalt für Lebens-

versicherung getroffen, um ihren Mitgliedern eine Lebensversicherung und Kinderversicherung in zweckmäßiger Form zugänglich zu machen. Als Verbindungsmitglied zwischen der Staatsanstalt und den Versicherten soll eine Arbeiterlebensversicherungsgesellschaft dienen, deren Gründungs- und Betriebskapital auf 10.000 Kronen berechnet ist. Diese Gesellschaft zahlt die Prämien für die Versicherten, die sie selbst in Wochenraten entrichten, halbjährlich pränumerando an die Staatsanstalt, wodurch, außer einer Herabsetzung der Prämien, erreicht wird, daß die Versicherung bereits am Mittag des ersten Versicherungstages in Kraft tritt. Die Gesellschaft wird außerdem einen besonderen Fonds ansammeln, der dazu bestimmt ist, die Versicherungen in Fällen von großen Arbeitsstockungen, bei Streiks und Aussperrung aufrechtzuerhalten, und ebenso in solchen Fällen, wo ein Versicherter infolge von Invaldität oder anderer unverschuldeten Ursachen wegen außerstande ist, seine Prämien zu zahlen. Die Staatsanstalt für Lebensversicherung hat sich den Vertretern der Arbeiter gegenüber in jeder Hinsicht entgegenkommend gezeigt und Tarife für die Arbeiterlebensversicherung aufgestellt, die größere Vorteile aufweisen, als sie irgend eine Privatversicherungsanstalt zu bieten vermag.

Literarisches.

„Die Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie (Stuttgart, Dieß Verlag), erscheint in wöchentlichen Heften à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 45.

Von den „**Dokumenten des Sozialismus**“, herausgegeben von Ed. Bernstein (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das achte Heft des III. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: 1. Kritische Bibliographie des Sozialismus. 1. In deutscher Sprache. Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters. Mit einem Geleitwort von Paul Göhre. — Antworten auf sozialdemokratische Schlagwörter. — Ist das Zentrum arbeiterfeindlich? — Ist eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle notwendig? — Die Arbeiterfrage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung. Von Dr. F. Hise. II. Aus der Geschichte des Sozialismus. Sankt Marx. Aus einem nachgelassenen Werke von Marx-Engels über Marx Stirner. Der Kommunismus. (Schluß.) III. Urkunden des Sozialismus. Typische Wahlflugblätter aus dem Wahlkampf der deutschen Sozialdemokratie. Zwei Flugblätter allgemeinen Charakters. 1. Ein ernstes Wort an das deutsche Volk! 2. Wähler des ... Wahlkreises. — Ein Wahlmanifest Proudhons aus dem Jahre 1848.

Die „**Dokumente des Sozialismus**“ erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 25 Pf. pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 75 Pf. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten sind die Dokumente unter Nr. 2206 eingetragen, jedoch ist bei der Post nur Quartalabonnement zulässig.

Die **Festschrift der Leipziger Arbeiterschaft** zur vierzigjährigen Gründung der deutschen Sozialdemokratie, welche bekanntlich im Verlag der Leipziger Buchdruckerei-Alliengeellschaft erschienen ist, erfreut sich in den Kreisen der Arbeiter einer großen Beliebtheit. Der Verlag hat sich daher, nachdem die erste Auflage in wenigen Wochen vergriffen war, entschlossen, eine zweite Auflage herauszugeben.

Bemerk sei noch, daß die sauber ausgestattete und mit den Bildnissen der alten Parteikämpfer der früheren Jahre und der historischen Stätten geschmückte Broschüre auch in der zweiten Auflage nur 40 Pfennig (Porto 10 Pfennig extra) kostet, und ermöglicht dieser Preis jedem Arbeiter und Freund unserer Sache die Anschaffung. Möge keiner unserer Leser achtlos an dieser Schrift vorbeigehen!

An die Verbandsmitglieder von Dresden und Umgegend!

Kollegen und Kolleginnen! Nachdem 6 Jahre verfloßen sind, ohne daß es am Orte zu einer ernsteren Bewegung gekommen wäre, nachdem immer wieder vergeblich versucht wurde, unsere Organisation so zu stärken, wie es notwendig ist, um daran denken zu können, unsere Lage zu verbessern, treten wir an euch mit dem Ersuchen heran, uns bei unserm Bemühen, hier endlich Wandel zu schaffen, tatkräftig zu unterstützen. Daß die Entlohnung in unseren Berufen eine schlechte ist, daß die Arbeitszeit zu lang ist und daß in vielen Betrieben arge Mißstände bestehen, wissen wir alle, aber es hat bisher an statistischen Unterlagen gefehlt, die Lage

unserer Berufsangehörigen, unserer Branchen am Orte in Wort und Schrift zu schildern.

Dieses zu einer umfassenden und durchgreifenden Agitation notwendige Material zu sammeln und zu verbreiten, hat sich die kürzlich von euch gewählte Kommission zur Aufnahme einer Statistik über die Lage der in Buchbindereien und verwandten Berufen Beschäftigten zur Aufgabe gemacht.

Auf zur Arbeit! Alle Zuschriften für die Kommission sind zu richten an deren Vorsitzenden:

Ernst Werner Dresden-Neustadt, Briefhühnstraße 44 III.

Briefkasten.

R. F. in S. Was ist mit den Zeitungen? G. K. in B. In nächster Nummer. Ernst! K. W. in P. Die Bilder müssen möglichst dort eingehängt werden, wo der Text darauf Bezug nimmt.

Uebrigens Exemplare der Nummern 29, 30 und 31 unserer Zeitung bitten wir an uns zurückzusenden.

Abänderungen im Adressverzeichnis.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszahler.

Dortmund. Z. „Bäckerling“, Weberstraße 30, zu jeder Tageszeit. L. U. Ml. 22,50 Ml. Az. 9 St. Lübeck. Z. G. Hädrich, Schmiedestraße 21; von 1/4 bis 2/4 u. 7-8 Uhr, Sonntags von 11/4-12/4 Uhr.

Anzeigenteil.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingeführ. Hilfsk.) Sitz Leipzig. 443] [1.70

Verwaltungsstelle München. Am 4. August verstarb unser langjähriges Mitglied Herr Adolf Ort im Alter von 41 Jahren. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Wir fühlen uns veranlaßt, sowohl den Mitgliedern der Zahlstelle Frankfurt, als auch dem Gauvorstand (Gau XI), für den so trefflich arrangierten Ausflug am 9. August unseren wärmsten Dank auszusprechen.

Die organisierten Buchbinders Wiekens. 444] S. A.: B. St. v. h.

Unserem lieben Kollegen Viktor Schleining zu seiner Vermählung die Herzlichsten Glückwünsche. 445] Zahlstelle Augsburg.

Achtung! Zahlstelle Berlin. Achtung!

Sonnabend den 12. September in Louis Kellers Festsälen, Koppensstraße 29 Großes Kostüm-Fest Neu! „Berliner Leben“ Neu! Vollständig neue Saaldekoration. Einzig in Berlin!

Das genaue Festarrangement ist aus den in diesen Tagen zur Ausgabe kommenden Zirkularen zu ersehen. Wir richten aber schon jetzt an alle Festteilnehmer die Bitte, dem Festcharakter entsprechend im Kostüm zu erscheinen.

Unserem Kollegen Köstgens zu seiner am 8. August stattgefundenen Vermählung die besten Glückwünsche. 447] Zahlstelle Krefeld.

Unserem werthen Kollegen Robert Dittrich zu seiner Ueberfiedelung nach Göttingen die herzlichsten Glückwünsche. 448] Zahlstelle Lützenwalde.

Kollege Richard Kunth wo steckst Du? Gib Antwort an Ludwig Mayer, Kiel, Weisenhofstr. 34 I. 449] [0.40

Achtung! Der Kartonnagenarbeiter Emil Schneider, geb. den 9. Juli 1877 zu Buchholz i. S., Buchnummer 22441, abgereist von Hannover ins Ausland am 5. Oktober 1900, zurückgekehrt am 30. September 1901, wird gebeten, betreffs einer wichtigen Angelegenheit seine Adresse umgehend an Unterzeichneten einzufenden.

G. Drews, Hannover, Dettauerstraße 12 IV. 450]

KA O. Th. Winckler Leipzig Abt. A: Papier- und Lederwaren „ B: Buchbindereibedarf Abt. C: Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder Kataloge gern zu Diensten! 451]

Empfehle den geehrten Kollegen Ia Hamburger Importierte Zigarren und zu soliden Preisen. Carl Trost, Tabak-, Zigarren-Play- und Versandgeschäft, Hamburg-Altona, 24 Rathhausmarkt 24. 452]

Buchbinderei gesucht. In modernen neuverbauten Geschäftshause einer altangesehenen Verlagsdruckerei in Berlin sind sofort oder später 200 Quadratmeter sehr helle Arbeitsräume mit Zentralheizung, Fahrstuhl, Gas u. elektr. Kraft, ganz oder geteilt an eine leistungsfähige Buchbinderei zu verm. Buchbind.-Aufträge jährl. ca. 12000 Mf. Gesf. Offerten u. O. K. 34, Postamt 19, Berlin. 453] [2.20

Werkführer-Gesuch. Ein tüchtiger Buchbinder, der auf Kundenarbeit gut geübt, im Sand- und Pressergolben durchaus sicher, sowie mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut ist, wird für unsere kleine Buchbinderei gesucht. G. Riemannsche Hofbuchhandlung in Koburg. 454] [2.20

Etuiarbeiter suchen J. & G. Gottschalck, Leipzig, Salomonstraße 14. 455] Angaben, auf was speziell eingearbeitet, sind beizufügen. [1.80

Etuiarbeiter, auf Westketui eingearbeitet, gesucht. J. Friedr. Köhler, Etuifabrik, Düsseldorf. 456] [1.60

Gehilfe, durchaus tüchtiger Arbeiter aus der Bijouterie- oder Etuibranche als Werkführer in dauernde Stellung für eine Fabrik Berlins gesucht. Bedingung 1000 Mf. Einlage gegen Sicherheit. Später Beteiligung. Offerten unt. „Werkführer 1000“, Berlin, Postamt 37, lagernd. 457] [2.00

Gravierungen zur Hand und Presse nach jeder Zeichnung werden sauber angefertigt von F. Klement, Leipzig, Seeburgstraße 36. 458] [1.20

Moderne Büdter-Vorlappapiere nach Entwürfen erster Künstler liefern in großer Auswahl C. Buch-duFallois-Söhne Crefeld (Rheinl. u. v. d. R.) graph. Kunst-Anstalt Müller zudiensten 459] [2.80